1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Nr. 6
vom 7. Feb. '86
20. Jahrgang
Preis 1,— DM

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Diese Woche

100 Jahre Daimler-Benz Kein Grund zum Feiern — Seiten 10/11

Bericht über den 6. Parteitag der KPD Seiten 12/13

Abschluß.

Der abschließende Bericht zur Flick-Affäre hat nicht nur die Größe eines Kartons, sondern auch den Inhalt: Persil (oder ähnliches). Da bestätigen sich Leute, die Millionen für politische Entscheidungen (oder Karrieren) bekommen haben, daß alles seine beste Bewandtnis habe. Leute wie dieser Jenninger, der seinen gebarzelten Vorgänger mit einer heuchlerischen Rede über Ehrlichkeit und Durchsichtigkeit ablöste, müßten eigentlich, sofern sie nur etwas Ehrlichkeit am Leibe haben, wenigstens rot werden. Von anderen gar nicht zu reden.

Die Strafanzeige Schilys gegen Kohl? In einem Land, wo schon ein Antes gehalten wird bis zum letzten Zapfenstreich im Puff, in dem ein Strauß ungeächtet bleibt, ist da wenig zu erwarten.

Die SPD, tief in der Bredouille, macht zwar Minderheitsvoten zu kleineren Fragen und bewertet die Sache parteipolitisch selbstverfreilich ganz anders — aber sie hat maßgeblich dazu beigetragen, Kohl und Co. den Weg durch den eigenen Sumpf zu ebnen.

Die Grünen, allen voran Otto Schily, der staatstragende, haben zwar dafür gesorgt, daß wenigstens etwas sichtbar wurde von den sehr ehrenwerten Gesellschaften, die da dunkle Dinge treiben, aber sie haben keine Konsequenzen praktischer Art gezogen, etwa eine Neuwahlkampagne, da waren bei den meisten parteitaktische Erwägungen vor.

Jetzt liegt also ein Bericht vor, ein offizieller, in dem, mit dem sich selbst „Sauberkeit" bescheinigt wird. Das ist nach den Wünschen von Kohl und Co. und ihren Sponsoren der Abschluß dieser ach so lästigen Sache mit der Wahrheit. Schließlich — all die Eile zeigt es ja — steht die nächste „Saison" bereits an und da wird ja üblicherweise auch über neue Sponsorverträge verhandelt. Am besten mit Trikotwerbung.

ÖTV-Tarifrunde / §116 AFG

Hunderttausende bei Warnstreiks und Demonstrationen

Hunderttausende Arbeiter und Angestellte legten am 3. und 4. Februar die Arbeit nieder. Die ÖTV protestierte mit äußerst wirkungsvollen Warnstreikaktionen gegen das empörende Tarifangebot von Zimmermann und Co. Die IG Metall mobilisierte vor allem am 4. Januar über 300000 Kolleginnen und Kollegen zum Protest gegen den gewerkschaftsfeindlichen Regierungsentwurf zur Änderung des §116 AFG. Die Regierungskoalition will das Anti-Streikgesetz im Blitzverfahren durchpeitschen. Der DGB hat für den 6. März um 13.00 Uhr zu regionalen Großkundgebungen aufgerufen. **(Fortsetzung auf Seite 4)**



Selbst mit eigenen Traditionen gebrochen

Die Regierung wählt sich Richter

Am Donnerstag letzter Woche standen Wahlen an: Richterstellen waren zu besetzen. En masse. Insgesamt 12 Richter beim Bundesarbeitsgericht, Bundesverwaltungsgericht, Bundesgerichtshof und Bundesfinanzhof waren zu bestimmen. Was dabei passierte, zeigt, wie Blüm und Konsorten jegliche Hemmung verlieren, wenn es darum geht, für eine genehme Rechtsprechung zu sorgen.

Blüm vor allem deshalb, weil es in erster Linie um die Auseinandersetzung um die Posten beim Bundesarbeitsgericht (BAG) geht. Das BAG — seit langem CDU-geführt — hatte in die Offensive von Kapital und Kabinett nicht so ganz reingepaßt. Immerhin rund anderthalb Dutzend Entscheidungen des BAG werden von den Unternehmerorganisationen angefochten. Da konnte diese Regierung ja nicht abseits stehenbleiben.

Elf der insgesamt zwölft Richter wurden von der Regierung selbst vorgeschlagen, was schon ausgesprochen „unüblich" ist. In mehreren Fällen wurde selbst aus dem Lager ausgesprochen konservativer Richter Protest erhoben, weil die einzige Qualifikation der Gewählten in ihrem CDU-Parteibuch bestand.

Ein weiteres Novum, das die Skrupellosigkeit der Kohl'schen Mannschaft zeigt — von denen Blüm und der Bundespräsident besonders hervorzuheben sind — ist die Wahl eines neuen Senatsvorsitzenden am BAG: Dort wurde das CDU-Mitglied Röhsler berufen, entgegen der Empfehlung des Präsidialrats (Richterausschuß) des BAG selbst. Das gab es in der ganzen Geschichte des Justizwesens der BRD noch nie. Selbst der frühere Präsident des BAG, das CDU-Mitglied Müller, forderte Herrn Röhsler auf, die „Wahl" abzulehnen. Das Manko des vom Rat empfohlenen Richters Heither: Er ist SPD-Mitglied.

Die SPD-Vertreter im Richterwahlausschuß zogen aus der Sitzung aus, weil sie nicht das Mäntelchen zu diesen diktatorischen Maßnahmen abgeben wollten.

Fortsetzung auf Seite 2

Geänderte Erscheinungsweise

Die Diskussion war unserer Leserschaft bekannt: Wie weiter mit der Parteipresse? Der 6. Parteitag der KPD hat entschieden. Der „Rote Morgen" wird ab sofort alle 14 Tage erscheinen. Das wird sicherlich auch einige Veränderungen am Konzept gegenüber einer Wochenzeitung bedeuten, ist aber im wesentlichen ein Entschluß — vorerst — an der Tradition festzuhalten. Dabei beschloß der Parteitag zwar gegen eine Veränderung grundlegender Art zum jetzigen Zeitpunkt, plädierte aber für eine Fortsetzung der entsprechenden Debatte.

Den Abonnenten des „Roten Morgen" ist bereits ein Brief zugegangen, in dem auf die verschiedenen Möglichkeiten hingewiesen wurde, wie diese Veränderung zu regeln ist. Wir bitten um Verständnis — und hoffen, daß alle Abonnenten uns trotz allem treu bleiben.

Auch bei veränderter Erscheinungsweise bitten wir weiterhin (und erst recht) um Unterstützung aller Art — in Form von Mitarbeit und Spenden zum Beispiel. Selbstverständlich werden wir uns auch weiterhin bemühen, eine lesenswerte und lesbare Zeitung zu machen — in diesem Sinne
Redaktion RM

FDP demaskiert

Auch bei Polizeistaatsgesetzen: Zwischenspurt

„Durchpeitschen" scheint das Gebot der Stunde bei der Politik der Wenderegierung zu sein. Die sogenannten Sicherheitsgesetze, bis zuletzt im konkreten Text geheim gehalten, sollen auf die schnelle durch den Bundestag. Vier der sieben Gesetze kamen letzten Freitag zur ersten Beratung. Oppositionsabgeordnete konnten sie bestenfalls einmal durchlesen — vorausgesetzt, sie sind Schnelleser.

So stand denn auch bei der ersten Auseinandersetzung vor allem das Verfahren im Mittelpunkt. Während von Leuten wie Waffenschmidt, Zimmermann und Co. natürlich kaum zu erwarten ist, daß sie sich auch nur an formale demokratische Spielregeln halten, war für viele die Haltung der „Liberalen" in der FDP neu. Leute wie Baum und Hirsch betätigten sich schamlos als Befürworter sowohl der Inhalte dieser Polizeistaatsgesetze als auch des undemokratischen Verfahrens, mit dem sie durchgepeitscht werden sollen.

Beide wiesen vor allem darauf hin, daß es sich bei den vier Gesetzen darum handele, Schlußfolgerungen aus dem BVG-Urteil zur Volkszählung zu ziehen. Was stimmt. Wobei diese „Liberalen" vergaßen, darauf einzugehen, daß diese „Schlußfolgerungen" im wesentlichen darin bestehen, alles zu tun, daß künftig solchen Plänen nichts mehr in die Quere kommt.

Wirklich erstaunen kann dies aber nur diejenigen, die vergessen haben, daß ein Mann wie Baum schließlich in seiner Zeit als Innenminister bereits deutlich machte, daß es mit seiner demokratischen Gesinnung so weit nun auch wieder nicht her ist.

Die vier Entwürfe, zum Bundesdatenschutzgesetz, Verfassungsschutzgesetz, Straßenverkehrsgesetz und zum Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst passierten natürlich, mit Koalitionsmehrheit, die erste Lesung und wurden an die Ausschüsse überwiesen. Bezeichnend dabei auch die Haltung der profilierten SPD-Innenpolitiker, die sich demonstrativ auf „Sachlichkeit" zurückzogen, im Gegensatz zum Kandidaten Schröder, der einen Wahlkampfauftritt organisierte.

Das Zusammenarbeitsgesetz, das das ganze Paket abrundet, wird weiterhin geheim gehalten...

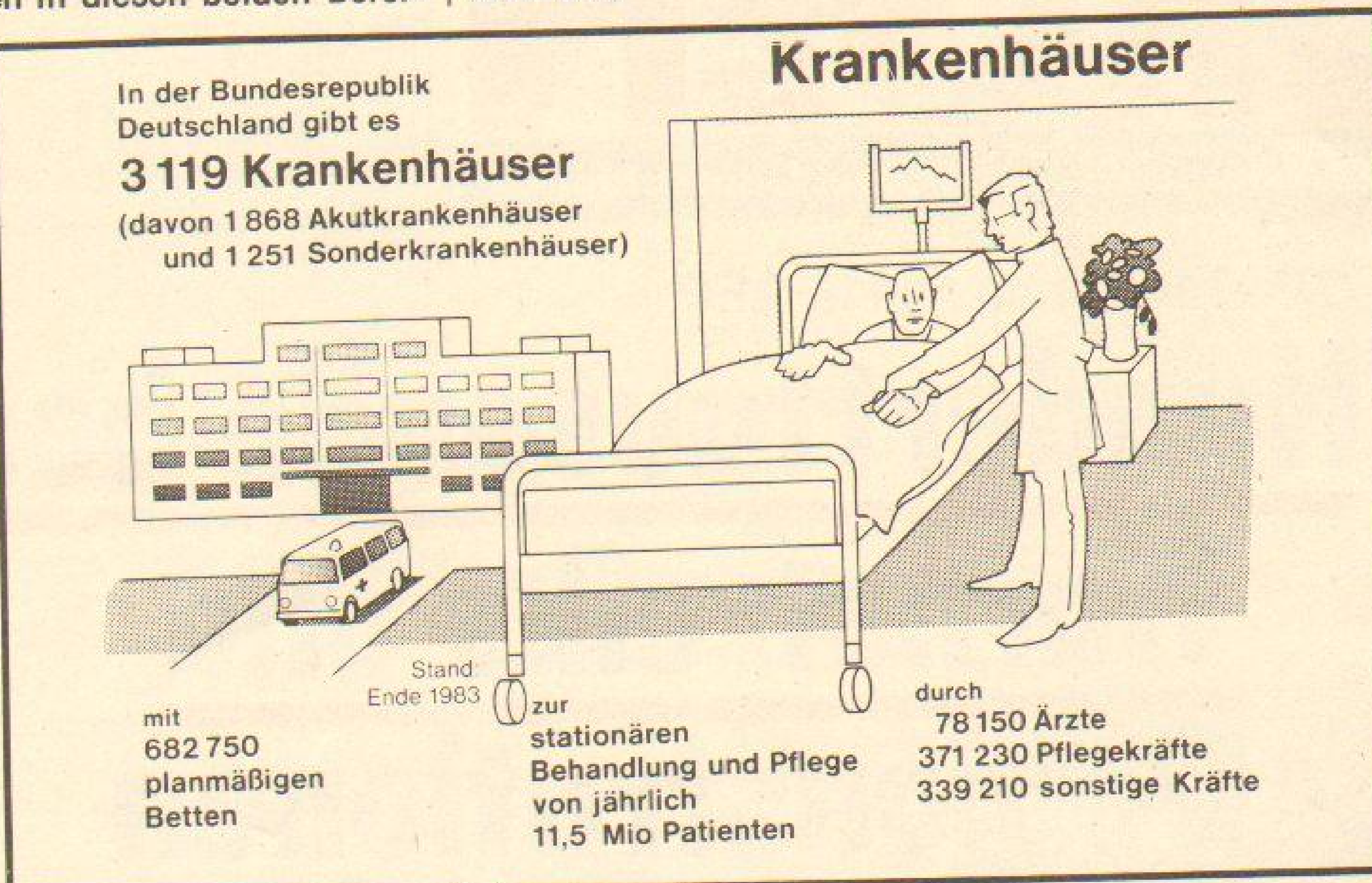
Kostenexplosion im Gesundheitswesen — Ein Propagandaschlagwort

Neben der Rentenversicherung ist in den letzten Monaten aus dem Bereich der sozialen Sicherungssysteme fast nur noch vom Gesundheitswesen die Rede. Laut Blümscher Bekundung besteht eben in diesen beiden Bereichen Handlungsbedarf. Wie bei den Renten sind es vorwiegend wahltaktische Gründe, die die Regierung veranlassen, konkrete Schritte auf die nächsten Jahre zu verschieben.

Kostenexplosion — das Wort hat eine Geschichte. Keine besonders lange. Erstmalig tauchte es (zumindest in so breiter Weise, daß es sich um eine politische Debatte handelte) im Jahre 1975 auf. Vergleicht man die Entwicklungen der Kosten des Gesundheitswesens mit dem des Bruttosozialprodukts (zugegebenermaßen für Marxisten eine prolematische Herangehensweise — handelt es sich doch dabei um einen wichtigen Begriff der bürgerlichen Ökonomie) — was von daher erlaubt ist, da es sich auf die konkrete Argumentation der „Explosionstheoretiker" bezieht, ergibt sich ein anderes Bild.

Von 1965 bis 1975 stiegen die Ausgaben für Gesundheitswesen im BSP von 6,8 auf 10,4 Prozent (gerundete Zahlen). Eine enorme Steigerung, die tatsächlich mit einigen Reformen in diesem Bereich zu tun hatten — wobei man darauf hinweisen muß, daß das Gesundheitssystem in der BRD im Jahre '65 im Vergleich etwa zu Britannien und Skandinavien ausgesprochen schlecht da stand.

Dennoch: Trotz dieser Steigerung war das Schlagwort „Kostenexplosion" damals unbekannt. Bekannt — benutzt — wurde dieses Wort erst ab dem Einschnitt der Krisenjahre 74 und 75, als die damalige Regierung Schmidt/Genscher erstmals zum Mittel des Sozialabbaus griff. Gingen die Sozialkassen in die „74er" Krise noch mit vollen Beständen und waren erst am Ende dieser konjunkturellen Entwicklung leer bzw. stark angeschlagen.



Die verschiedenen Maßnahmen — vor allem im Rentenbereich das 20. und 21. Anpassungsgesetz, aber auch die Folgerungen des Krankenhausfinanzierungsgesetzes von '72 — die in Ehrenbergs Ministerium beschlossen wurden, reichten nicht aus, um zu verhindern, daß auf den nächsten „Abschwung" bereits mit großen Problemen zugegangen wurde: Das Wort von der Kostenexplosion hat seitdem Hochkonjunktur.

Dieses Schlagwort soll ja nur ausdrücken, daß die bisherigen „Leistungen" nicht mehr bezahlt werden können, es seien sozusagen einfach objektiv zu hohe Kosten.

Vergleicht man aber den Anteil der Ausgaben für Gesundheitswesen am BSP, so tritt zutage, daß es sich um eine Propagandalüge handelt. Im Gegensatz zu den Jahren vorher (siehe oben) sank der Anteil dieser Ausgaben von '75 bis '84 von 10,4 auf 10,2 Prozent. Sicher: Die realen Ausgaben stiegen deutlich an — aber eben weniger als insgesamt.

Um eine Kostenexplosion in dem Sinne, daß ganz speziell in diesem Bereich eine derart besondere Preisentwicklung stattfand, daß sie mit anderen Bereichen unvergleichlich wird, handelt es sich in keinem Falle. Zudem gibt es natürlich die Frage, wie diese konkrete Kostensteigerung denn zustandekommt. Die Antwort auf Seiten der Protagonisten weiteren Sozialabbaus ist eindeutig: Zu hohe Personalkosten, zu hohe Patientenerwartungen, zu langes Leben der Rentner (letzteres wird meist nur indirekt gesagt). Ohne auf die Tatsachen näher einzugehen (die solche Aussagen durchaus fraglich machen), muß dagegen gefragt werden: Ist das etwa schlecht? Wenn die Menschen länger leben — ist das schlecht? Wenn die Menschen besser versorgt werden — was soll daran schlecht sein? Wenn das Personal ausgebildet und besser bezahlt wird — was soll daran falsch sein? Bereits auf dieser allerallgemeinsten Ebene der Argumentation sind die Vertreter der These von der Kostenexplosion als Reaktionäre mit unmenschlichen Positionen erkennbar. Nur kurz angedeutet werden sollen in diesem Zusammenhang die wahren Probleme etwa der Planstellen in Krankenhäusern, der Schließungen wegen angeblicher Überkapazitäten und viele andere Fragen mehr, die allesamt sowohl im gewerkschaftlichen als auch im politischen Kampf immer wieder eine Rolle spielten.

In Wirklichkeit stünde keineswegs das Problem an, in dieser Richtung Ausgaben zu kürzen, sondern sie zu steigern, damit vorhandene medizinische Möglichkeiten mehr Menschen zugute kommen — von nötigen weiteren Reformen einmal ganz abgesehen.

Höchstens am Rande, und wenn praktisch dann nur auf dem Weg der Appelle an die „Selbstbeschränkung" wird von Regierungsseite von jeher die Frage der Herkunft wirklicher Kostensteigerungen behandelt. Sowohl die zynische Preispolitik bundesdeutscher Pharmakonzerne (meist in Händen der großen Chemiegiganten) als auch der „Aufschwung" der Hersteller medizinischer Geräte und die Einkommensentwicklung der diversen Freiberufler der Branche — alles das wird nicht wirklich in Frage gestellt, obwohl gerade hier ohne qualitative Veränderungen viel an Kosteneinsparung möglich wäre — allein, es handelt sich dabei um eine ausgesprochen politische Frage.

Ebenfalls noch zu erwähnen, und keineswegs nur nebenbei, ist die Tatsache des Rückzugs des Staates aus der Rentenfinanzierung, die in Milliardenhöhe auf die Krankenversicherung übergewälzt wurde — müßig auf die zahlreichen Möglichkeiten hinzuweisen, wo hier eingespart werden könnte, anstatt hier.

Und schließlich, um die finanzielle Betrachtung abzurunden, muß auch noch darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiter und Werktätigen (und auch die Rentner) immer wieder dazu verurteilt wurden, höhere Beiträge zu bezahlen — Steigerungen um über 10 Prozent bis auf 11,5 Prozent des Einkommens waren in den letzten Jahren der Durchschnitt.

Unter dem Schlagwort der Kostenexplosion wurden die Kosten für das Gesundheitswesen vor allem für die Betroffenen der Krankenkasse erhöht — so weit, daß die privaten Versicherer heute Werbekampagnen machen können, sie seien — in Teilbereichen — billiger. Unter diesem Schlagwort wurden zahlreiche Leistungen gekürzt oder abgeschafft, Stellen und Stationen gestrichen, wird seit zehn Jahren eine Politik des Sozialabbaus betrieben. Auch in diesem Bereich stieß die Wenderegierung auf das passende Erbe der Schmidt-Regierungen. Auch hier verschärfte sie die Gangart wesentlich — und auch hier bereitet sie neue, qualitative Einschnitte vor: Dem dient die erneute Kampagne mit diesem Schlagwort und dem dienen die ganzen Aktivitäten seit Herbst letzten Jahres.

Die Regierung wählt sich Richter

Fortsetzung von seite 1

Die bürgerliche Theorie von der Neutralität des Justizwesens, seiner angeblichen Unabhängigkeit von den anderen „Staatsgewalten" entsprach sicherlich noch nie der Wirklichkeit. Ein Blick in die Geschichte lehrt ausßerdem, daß dieses Justizwesen stets eine Hochburg der Rechten und Konservativen war und eine Analyse höchstrichterlicher Urteile in der BRD zeigt, daß hier stets ein Bollwerk gegen Reformen, Fortschritt und — selbstverständlich sowieso — revolutionäre Bestrebungen war.

Nur: Eine dermaßen direkte und unverschämte parteipolitische Orientierung im Widerspruch zu allen eigenen Gepflogenheiten und bürgerlichen abstrakten Normen durchzupeitschen — solch ein Vorgang ist in der Tat einmalig.

Und es ist klar: Diese Wenderegierung braucht, will sie im Auftrag ihrer Spender die Gangart beschleunigen, einen insgesamt straffer organisierten Machtapparat — dazu ist dieses Vorgehen ein konkreter und wichtiger Schritt.

Was da passiert ist, daß einige Leute zur Durchsetzung der Interessen der Reaktion die demokratische Maske haben kurz fallen lassen. Allgemein sicher nichts Neues: Wie oft schon haben Bürgerliche ihre ach so hehr verkündeten ewigen Werte mal kurz mit den Füßen (oder meist: Stiefeln) getreten um Tatsachen zu schaffen. Konkret aber eben, wie gesagt, doch neu, weil in diesem Kontext erstmalig.

Die Erwartung ist klar: Keine lange Auseinandersetzung mehr um die Pläne der Regierung, sondern Urteile, die bestätigen, was Kohl und Co ohnehin wollten, Unterordnung der Justiz unter die aktuelle Regierungspolitik (natürlich unter Fortsetzung der üblichen Lügen über Unabhängigkeit). Die Justiz wird ausgerichtet — wo politische Karrieren bis zum Kanzler aus den Tresoren von Flick und Co ermöglicht werden, wo sich Kapitalisten mal eben den Geheimdienst direkt einkaufen können, wo Politiker Union betreiben mit Zuhältern — warum sollen da nicht die willigen Erfüllungsgehilfen der Regierungsparteien höchste Richter sein?

Wo eine Regierung ist, die gegen Rentner, Kranke und Arbeitslose hetzt, eine Justiz, die Politikerkauf freispricht und Schwarzfahren bestraft, da darf auch ein solcher Schritt nicht überraschen — all dies ist klar und dennoch: Es handelt sich um einen ungeheuren politischen Skandal, es handelt sich um einen wesentlichen Schritt bei der weiteren reaktionären Formierung der BRD.

Impressum
Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300 526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehe. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A) FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA" bei.

CDU-Vorstandstagung

„Vertrauen in die Zukunft" der Rentenversicherung?

Die Tagung des CDU-Vorstandes hat die Leitlinie des kommenden Bundestagswahlkampfes beschlossen. Das Motto lautet „Vertrauen in die Zukunft". Mit dieser Losung verbindet sich ohne Zweifel eine doppelte Wahlstrategie: Einerseits den Optimismus nicht mehr nur zu beschwören, sondern zu mobilisieren, andererseits eine großangelegte Täuschungskampagne über die künftigen Pläne für die Sozialpolitik.

Am deutlichsten wird dies zunächst in der Rentenfrage. Der CDU-Vorstand hat faktisch beschlossen, in seinem Wahlprogramm keine konkrete Aussage zur künftigen Rentenpolitik zu machen. Das einzige, was an die Öffentlichkeit gebracht wird, ist ein angeblicher Streit zwischen Stoltenberg und Blüm. Den mag es geben — oder auch nicht, das ist zweitrangig. Tatsache ist auf jeden Fall, daß nach der Bundestagswahl größere politische Maßnahmen anstehen und diese sind auch bereits angekündigt.

Blüm hat sich bereits im letzten Jahr verschiedentlich in die Richtung einer zumindest teilweisen Privatisierung der Rentenversicherung geäußert — ganz im Sinne der Unternehmer im allgemeinen und der Versicherungskonzerne im Besonderen.

Darüber wird er nun mit Stoltenberg sicherlich nicht im Streit liegen, und erst recht nicht mit dem Koalitionspartner FDP in dessen Führungsgremien gerade Versicherungskonzerne nun mehrfach vertreten sind.

Die regierungsamtliche Propaganda jedenfalls beschränkt sich zwar gegenwärtig noch im wesentlichen auf einen Punkt, der aber ist bezeichnend genug: Es wird die Stimmung geschürt, daß die Rentenkassen ohnehin kurz vor dem Ende stünden, also müsse gehandelt werden. Daß diese Lage in der Rentenversicherung entstanden ist, ist aber keineswegs nur Ergebnis veränderter Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung, sondern im großen Ausmaß auch Ergebnis politischer Entscheidungen: Von den Ausgaben für die Bundeswehr bis hin zur Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für Selbständige über die Festlegung der Höchstgrenze für die Beitragszahlung bis zur Senkung der staatlichen Zuschüsse und erst recht natürlich der Folgen der in Kauf genommenen Massenerwerbslosigkeit.

Es steht zu erwarten, daß die Rentenfrage im kommenden Wahlkampf — wie schon des öfteren seit 76 — eine einigermaßen wichtige Rolle spielen wird, und gerade dies will die CDU-Führung ganz offensichtlich verhindern. Dies wiederum sollte verhindert werden.

Keine bloße „Spendenaffäre“

Die Paten von Berlin

Im Westberliner Abgeordnetenhaus wurde Ende letzter Woche mit allen 80 Stimmen der beiden Regierungsparteien CDU und FDP der Mißtrauensantrag der Alternativen Liste abgelehnt. Keine Überraschung, denn es gibt sowohl die übliche Parteitaktik als auch die altbekannte Lebenserfahrung mit den Krähen und den Augen...

Wenn allerdings die Presse, wie zum Beispiel der *Spiegel* dem Fall Antes das abgegriffene Etikett „schwarzer Filz“ aufdrückt, verharmlot sie den Skandal. Hier ist eine kriminelle Vereinigung aufgeflogen.“ — So schreibt es Michael Sontheimer in der *Ausgabe 6/86 der Zeit.* Womit er auf jeden Fall recht hat — bis auf die Bezeichnung des ganzen als „Fall Antes“.

Es ist der Fall einer gewissenlosen Jagd nach dem Geld, an der — eingestandenermaßen — große Teile der Führung der Regierungsparteien beteiligt sind. Vielleicht gelingt es den Diepgen, Landowsky und Co. tatsächlich, aus der Bredouille zu kommen, Kohl ist es schließlich auch gelungen. Wesentliche Züge eines Films vom genre „Polit-action“ hat das ganze aber zuhauf — einschließlich Blut.

Blutige Spuren

Gegen Herrn Antes, den Vorsitzenden der CDU Charlottenburg, früheren Abgeordneten usw. wurde bereits verschiedentlich ermittelt. Es waren aber dann vor allem — teilweise zufällige — Ergebnisse anderer Ermittlungen, die diesen Herren in Untersuchungshaft brachten. Ermittlungen, die mit Mord und Totschlag zu tun hatten. So wurde gegen den Millionenerben Schmidt-Salzmann ermittelt, weil der gegen seinen früheren Partner Günther Schmidt von zwei Killern ein Attentat organisieren ließ. Bei der Hausdurchsuchung von Schmidt-Salzmann wurde ein eindeutiger Bestechungsbrief an Wolfgang Antes gefunden — inzwischen hat Salzmann auch ausgesagt.

Diese beiden Schmidts hatten in der Vergangenheit — wie fast alle Beteiligten, sofern sie nicht bloß Zuhälter waren — eine Firma für Bauspekulation betrieben. Aus dieser Ecke, von der „Konkurrenz“, kam auch die zweite Spur gegen Antes — der „warme Abriß“ (vermutete Brandstiftung) eines Hauses im März 84, bei der es ein Todesopfer gab.

Dabei war ein gewisser Herr Kind beteiligt und auch da ergaben sich durch Zufälle und Durchsuchungen Verbindungen (finanzieller Art) zu diesem Wolfgang Antes.

Bei den Untersuchungen gegen Antes, der Anfang November festgenommen wurde, ergaben sich wiederum die Verbindungen zu dem am 20. Januar festgenommenen Bauunternehmer Franke — und der hatte nun eben eine Liste ganz nach Art des Hauses Flick. Für eine runde Million Mark „Spenden“ an die CDU, für 130000 Mark an die SPD und für 20000 Mark an die FDP (wobei für diese allein für Umweltsenator Vetter nochmals 50000 Mark aufgelistet werden) waren dort verbucht. Darunter auch die bekannten 75000 Mark an Diepgen, an die er sich erst erinnerte, als er daran erinnert wurde...

Gesetzesbrecher sowieso...

Eberhard Diepgen hat, nach eigenem Geständnis, das Gesetz gebrochen. Das Geld, das er annahm, wurde — zumindest — nirgends quittiert. Dieser Teil des Falles entspricht dem Bonner Spendenskandal, der politischen Käuflichkeit, der finanziellen Absicherung von Interessenvertretung.



Berliner Baudenkmal

Die Floskeln sind ebenfalls bekannt, die zur Verteidigung angeführt werden: Daß diese Art Gesetzesbruch eben normal sei (das Bonner Gewohnheitsrecht soll auch in Westberlin regieren), daß man „Spenden“ nicht verurteilen dürfe, sie hätten ja auch eine politische Funktion und so weiter. Letzteres stimmt, beispielsweise für Wolfgang Antes. Der hatte den CDU-Kreisverband Charlottenburg auch dadurch in die Hand bekommen, daß er von seinen Gönnern sogar Mitgliedsbeiträge von Karteileichen bezahlen ließ.

Sowohl Diepgen wie Landowsky hatten Antes bis zuletzt beschützt: Auch als, während des letzten Wahlkampfes, bekannt wurde, daß Antes gegen Zahlung von 1 Million Mark dem Wuppertaler „Autohändler“ Putsch Tausende von Sozialwohnungen verkaufen wollte — zum Preis von sagenhaften 4000 Mark pro Stück. Eigene Forderungen von Antes waren dabei auch nch im „Spiel“.

Dies wurde von allen CDU-Verantwortlichen gedeckt — die Konsequenzen daraus wurden bisher noch nicht einmal angemahnt.

Alleine diese Verhältnisse reichten eigentlich schon aus, aus dieser ganzen Sache einen der allergrößten politischen Skandale der BRD-Geschichte zu machen — aber dies ist nur die Spitze des Eisbergs.

Die Volkspartei

Der Eisberg selbst ist, wie üblich, viel größer. Er umfaßt solche seltsamen Tatsachen wie die Fraktion der Bordellbesitzer in der CDU. Zwar gibt es keine Statistik, die etwas darüber aussagen würde, wie hoch der Organisationsgrad der Zuhälter in der CDU ist, aber er dürfte, wenn alleine zusammengezählt wird, wieviele schon bekannt sind, sehr hoch sein.

Der Eisberg selbst: Das sind auch die Geschäfte des Bauunternehmers und Hotelbesitzers und Trägers des Bundesverdienstkreuzes Franke (mit dem der Westberliner CDU-Bausenator stets beteuert nicht verwandt zu sein, dem er aber trotzdem mindestens ein großes Geschäft zugeschanzt hat). Westberlin, von jeher ein Paradies für Steuerspekulanten, hat offensichtlich gerade im Bezirk des Kurfürstendammes eine selten große Vernetzung von Spekulation, Bestechung, Verbrechen und Vertuschung heranreifen lassen. Diepgen rutsche nur in den Sumpf, der bereits da war — auch dieses Argument des „Spiegel“ stimmt so einfach nicht. Sicherlich: Der sozialdemokratische Filz war eine Realität, die dunklen Geschäfte der Westberliner Baubranche ebenfalls. Es war kein Zufall, daß Westberlin, zusammen mit Frankfurt, die Stadt war, in der es mehrere große Bewegungen von Hausbesetzungen usw. gegeben hat. Westberlin ist die Stadt mit den meisten Abschreibungsgesellschaften. Ebenso ist die „Insellage“ bester Nährboden für Beziehungen aller Art, eben auch finanziell-politischer.

Aber daß Diepgen und seine Mannschaft da nur sozusagen hineingeschlittert seien, daß sie sozusagen einst ernsthaft „saubere Verhältnisse“ (was immer das sein mag) schaffen wollten und sich nur der Logik der Dinge nicht entziehen konnten — diese Auffassung erscheint falsch. Dagegen spricht die Vorgeschichte und die ganze Rolle der zentralen Figuren der Westberliner CDU.

Die Beziehungen, die Heinrich Lummer etwa zu der Falange im Libanon pflegte, haben sicher nicht nur darauf Auswirkung, daß er Asylsuchende aus diesem Kriegsgebiet nicht haben will. Dort traf er auch den sogenannten Autohändler Putsch, dem er nachher Geschäfte mit Antes vermittelte — und sich auch erst zu spät und selbst dann noch nur „scheibchenweise“ an entsprechende und zahlreiche Treffen erinnerte.

Gerüchte, daß es sich bei Putsch mehr um einen Waffenhändler als sonstiges handelt, haben sich zumindest verdichtet. Diepgens Geldgeschichte mit Franke, ein weiterer Punkt der Liste, fanden noch zu der Zeit statt, als Diepgen erst „designierter Nachfolger“ des damaligen Regierenden Bürgermeisters von Westberlin Richard von Weizsäcker war. Antes betrieb seine Geschäfte schon in den 70er Jahren. Landowsky, der Multifunktionär, der Diepgen durchpushte, sitzt im Vorstand der Wohnbaukreditanstalt (WBK), die laut Spiegel in Baukreisen das „Geschenkhaus“ heißt und in all den vielen Skandalen (nicht zuletzt bei Sturz des SPD-Stobbe-Senats) die Rolle der Spinne im Netz, der zentralen Verteilstelle für Millionengelder.

All diese Fakten, die darauf hinweisen, daß diese und ähnliche Thesen vom „Hineinschliddern“ jeglicher ernsthaften Grundlage entbehren. Diese Verflechtungen — die in zahlreichen Dokumentationen weitaus ausführlicher festzustellen sind als auf diesen kurzen Spalten des „Roten Morgen“ — gibt es zwar auf Seiten der FDP ebenfalls und die Entwicklung gerade der Westberliner FDP war ja auch in einer Deutlichkeit von der Mobilisierung des kleinen und mittleren Unternehmertums geprägt wie kaum anderswo:

Aber die CDU-Verflechtungen sind dermaßen zahlreich, alltäglich und langlebig, daß sie eine besondere Qualität gewinnen.

Dort waren parteiinterne Machtpositionen besetzt von diesem Klüngel und viel örtliche Parteiprominenz war auf ihre Unterstützung angewiesen: Senator Kewenig etwa stets auf die Unterstützung der Antes-CDU aus Charlottenburg. Wer kann es da noch als Zufall bezeichnen, wenn ausgerechnet dieser Herr Kewenig bis zuletzt wortstark und eifrig den Herrn Antes vor „Verleumdungskampagnen“ in Schutz nahm?

Wie die Abstimmung im Abgeordnetenhaus zeigt, kommt es der CDU/FDP-Koalition jetzt nur darauf an, an den Schalthebeln zu bleiben, auszusitzen und was für perfide Taktiken sonst noch zum Arsenal der Kohlgeistigen Wende gehören. Unsere Politik lassen wir uns nicht kaputt machen — das war und ist der Tenor der CDU. Was wenig erstaunt, auch wenn damit vor allem die „Baupolitik“ gemeint sein dürfte.

Natürlich: Auch Diepgen beschwört eine „Selbstreinigung“, eine maßvolle natürlich. Nur: Mit welchem Maß wird gemessen? Bonn machte es vor, es war das Maß der Gewöhnung.

Vielleicht schließt man sogar ein paar Zuhälter und Unterweltskönige aus, opfert man Bauern, damit die Paten bleiben können — und sicher bekommt in diesen Tagen so mancher „ein Angebot, das er nicht ablehnen kann“, ganz à la siciliana.

Die ganze ebenfalls beteiligte Klientel von Rechtsanwälten, Steuerberatern und Betreibern von Spekulationsfirmen aller Art insbesondere im Baubereich soll ebenso unangetastet bleiben, wie die Diepgen, Lummer und Landowsky.

Vielleicht wird es sogar, wenn die Tatsachen weiter drängen, einen Barzel Westberlins geben, Diepgen jedenfalls will der Kohl bleiben. Die Politik des großen Geldes, die diese Westberliner Koalition so offen betreibt, ist ganz offensichtlich auch die Politik der großen Ganoven, die ja meist der Wunsch beseelt, „gutbürgerliche“ Kapitalisten zu werden oder weiter hin zu sein.

Und abschließend sei hinzugefügt: Es gibt ja fast keinen bekannten örtlichen CDU-Politiker, dessen Name nicht irgendwie im Zusammenhang mit der ganzen Sache aufgetaucht wäre, es ist gar nicht so, daß es sich dabei nur um eine besondere Parteifraktion handeln würde.



Ein Pate?

Hunderttausende protestierten ...



Metaller in Duisburg



Protestaktionen der Hoesch-Belegschaft

Fortsetzung von Seite 1

Unmittelbar vor der ersten Lesung des Regierungsentwurfs zur Neufassung des §116 AFG mehren sich in den Unions-Parteien jene Stimmen, die den gewerkschaftsfeindlichen Charakter des Gesetzentwurfs durch ein Ablenkungsmanöver vertuschen wollen. Der Biedenkopf-Vorschlag, eine paritätisch besetzte Schiedsstelle zur Schlichtung von Streitigkeiten bei der Auslegung des §116 AFG bei der Bundesanstalt für Arbeit zu bilden, soll möglicherweise dazu dienen, den Sozialausschüssen ihre Zustimmung zu erleichtern.

Eine solche Schiedsstelle würde aber gar nichts daran ändern, daß die von Blüm und Konsorten auf den Weg gebrachte Neufassung des §116 die Streikfähigkeit der Gewerkschaften empfindlich einschränken würde. Diese Schiedsstelle würde ja — nur das steht in der Union zur Debatte — abgesehen von allen anderen Problemen auf der neuen, gewerkschaftsfeindlichen Rechtsgrundlage arbeiten müssen. Es handelt sich inhaltlich keineswegs um einen Kompromißvorschlag, sondern um einen Versuch, das öffentliche Interesse vom eigentlichen Thema abzulenken.

Die Mehrheit der Bevölkerung — das haben die Meinungsumfragen der letzten Zeit deutlich gezeigt — lehnt die von Kapital und Kabinett betriebene Änderung des §116 AFG ab. Hier liegt der Grund dafür, daß in den Unionsparteien nach kosmetischen Korrekturen gesucht wird, andererseits das Gesetz im Eilverfahren durchgezogen werden soll.

Die gewerkschaftliche Mobilisierung gegen das Anti-Streikgesetz kann noch viel Druck entfalten. Auch die Warnstreikaktionen dieser Woche in den Metall-Betrieben haben gezeigt, daß die Kolleginnen und Kollegen bereit sind, für die Verteidigung des Streikrechts zu kämpfen. Wenn hier und da die Beteiligung nicht ganz so groß war wie im Dezember letzten Jahres, gilt es zu berücksichtigen, daß durch die Kurzstreiks die Lohnverluste sich zum Teil hoch summiert haben. Insgesamt aber kann die IG Metall darauf verweisen, daß es keine ernsthaften Mobilisierungsprobleme gibt. Und erfreulicherweise war auch bei den Warnstreikaktionen der ÖTV das Thema Streikrecht allgegenwärtig. Gute Voraussetzungen für den Aktionstag am 6. März. Gute Voraussetzungen auch dafür, die DGB-Führung vielleicht doch noch zum „Marsch auf Bonn" zu zwingen.

Keine Chance für Zimball?

Bereits im November letzten Jahres wurde Michael Zimball, der 1984 von den Stahlwerken Peine-Salzgitter fristlos gekündigt worden ist, weil er sich als freigestellter Betriebsrat angeblich rechtswidrig an einer Protestaktion gegen geplante Massenentlassungen beteiligt haben soll, zum Vorsitzenden des DGB-Kreises Göttingen gewählt. Aber der niedersächsische DGB-Landesvorstand beschloß am 14. Januar in geheimer Abstimmung, Zimball nicht im Amt zu bestätigen.

Gegenkandidat Zimballs bei dieser Wahl war Siegfried Krüger, seit beachtlichen 22 Jahren hauptamtlicher DGB-Vorsitzender in Göttingen. Mit 27 zu 23 Stimmen unterlag er diesmal dem gekündigten Betriebsrat.

Für Michael Zimball stimmten im wesentlichen Mitglieder der Gewerkschaften Metall, ÖTV und HBV. Krüger bekam seine Stimmen vor allem von den Gewerkschaften der Post, der Eisenbahner und — last not least — der Polizei.

[illegible]hl also zum Vorsitzen[illegible]des DGB in Göttingen gewählt, ist Michael Zimball aber trotzdem nicht DGB-Vorsitzender. Denn vor den Amtsantritt haben die DGB-Statuten eine sogenannte „Formsache" gestellt. Die Bestätigung eines hauptamtlichen örtlichen DGB-Vorsitzenden durch den DGB-Landesvorstand nämlich. Und diese Bestätigung hat der DGB-Vorstand von Niedersachsen Michael Zimball verweigert. Die Gründe dafür, so Wilfried Volz vom DGB/Niedersachsen, lägen „zum Teil in seiner Person", seien „zum Teil auch gewerkschaftspolitischer" Natur. Michael Zimball und seine Unterstützer wollen jetzt prüfen, ob sie diesen Beschluß beim Bundesvorstand des DGB anfechten können.

Inzwischen sucht der DGB/Niedersachsen bereits einen neuen Kandidaten, der „auf breiter Ebene" akzeptiert werden könnte. Auch für den Verlierer Krüger wurde bereits gesorgt. Er soll jetzt Aufgaben auf Landesebene übernehmen — zusätzlich zu seinem Amt als Betriebsratsvorsitzender für die Beschäftigten des DGB-Landesbezirks.

Auf nach Bonn!

Der Beschluß des DGB-Bundesvorstandes, am 6. März (dem Jahrestag der Bundestagswahl '83) zu mehreren regionalen Kundgebungen aufzurufen, ist zu begrüßen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Beteuerung, daß dieser Aufruf zu Kundgebungen um 13 Uhr kein Aufruf zum Generalstreik sei (was stimmt), wirft gleichzeitig auch ein Licht darauf, wie die innergewerkschaftliche Diskussion verläuft — nämlich in diese Richtung.

Bezeichnungen hin oder her — es wird dabei zunächst vor allem darum gehen, daß dies auch wirklich DGB-Aktionen werden, will heißen: daß die Einzelgewerkschaften mobilisieren. IG-Metall-Kundgebungen garniert mit den Fahnen anderer Gewerkschaften und mit 5 - 50köpfigen Delegationen: Das muß vorbei sein. Der Beschluß liegt da, und es wird nicht zuletzt Aufgabe aller kämpferischen Kräfte in den Einzelgewerkschaften sein, dafür einzutreten, aktiv zu sein, daß mobilisiert wird.

Zwei Wochen später, am 21. März soll nach der Blitzkriegsstrategie der Blüm und Co das Gesetz durchgepeitscht werden. Insofern wird es auch und gerade auf diesen regionalen Kundgebungen darum gehen, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß ein „Marsch auf Bonn" an diesem 21. März stattfindet.

Wenn die Kohlregierung vom „Druck der Straße" spricht, den sie für undemokratisch halte (ganz im Gegensatz zum sanften Druck Flickscher Geldscheine im Jackett), so ist dies nur um so mehr ein Grund, gerade für diesen Druck einzutreten. Eine Regierung, die sich dermaßen schamlos als Erfüllungsgehilfe des Kapitals profiliert: Wie anders als durch den Druck der Straße können ihre Pläne durchkreuzt werden?

Von den regionalen Kundgebungen zur bundesweiten zentralisierten Aktion — das ist in diesem Zusammenhang der einzige logische Gang der Dinge. Auf nach Bonn! Auf zu den regionalen Kundgebungen!

Mit den Stimmen der CDU-Länder

Bundesrat stimmt § 116-Änderung zu

Mit den Stimmen der CDU/CSU/FDP-regierten Bundesländer stimmte der Bundesrat am 30. Januar erwartungsgemäß dem antigewerkschaftlichen Regierungsentwurf zur Änderung des § 116 AFG zu.

An Blüms Begründung des Gesetzentwurfs war lediglich die Dreistigkeit von Interesse, mit der er versuchte, sein Anti-Streikgesetz auch noch als im Sinne der gewerkschaftlichen Solidarität liegend hinzustellen:

„Wenn Schlüsselstellenarbeiter das bevorzugte Streikpersonal der Zukunft werden, kann dies nur in einer Entsolidarisierung der Arbeitnehmer münden ... Der Computerarbeiter wird für die Putzfrau nicht mitstreiken, so wenig wie der Fluglotse für die Toilettenfrauen."

Daß Blüm die Wahrheit auf den Kopf stellt, ist offenkundig. Sein Gesetzentwurf soll einen Streik unmöglich machen, wie ihn die IG Metall 1984 geführt hat. Damals streikten nicht irgendwelche Schlüsselarbeiter, sondern solidarische Belegschaften. Sie streikten nicht für egoistische Interessen privilegierter Arbeiter- und Angestelltengruppen, sondern für eine allgemeine Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Sie standen damit im Kampf nicht nur für die Interessen der Arbeitenden, sondern auch für die Interessen der Arbeitslosen.

Blüm will diese Solidarität zerstören. Er will die Gewerkschaften, wenn sie „annähernd gleiche Forderungen" aufstellen, also Forderungen, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeiter und Angestellten zum Ausdruck bringen, mit finanzieller Ausblutung bestrafen. Fördern will er, die Flexibilisierung der tarifpolitischen Landschaft. Es ist diese Flexibilisierungsstrategie, die auf die tiefgehende Spaltung der Arbeiter- und Angestelltenschaft in Stammbelegschaften und Randbelegschaften abzielt. Schon mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz schlugen Blüm und die Bonner Koalition entsprechend den Forderungen der Unternehmerverbände in genau diese Kerbe.

Das eigentliche Ärgernis dieser Bundesratssitzung aber war nicht der erwartet reaktionäre Auftritt von Blüm, sondern wie Bruder Hohlkopf die Ablehnung des Regierungsentwurfs durch die SPD-regierten Länder begründete.

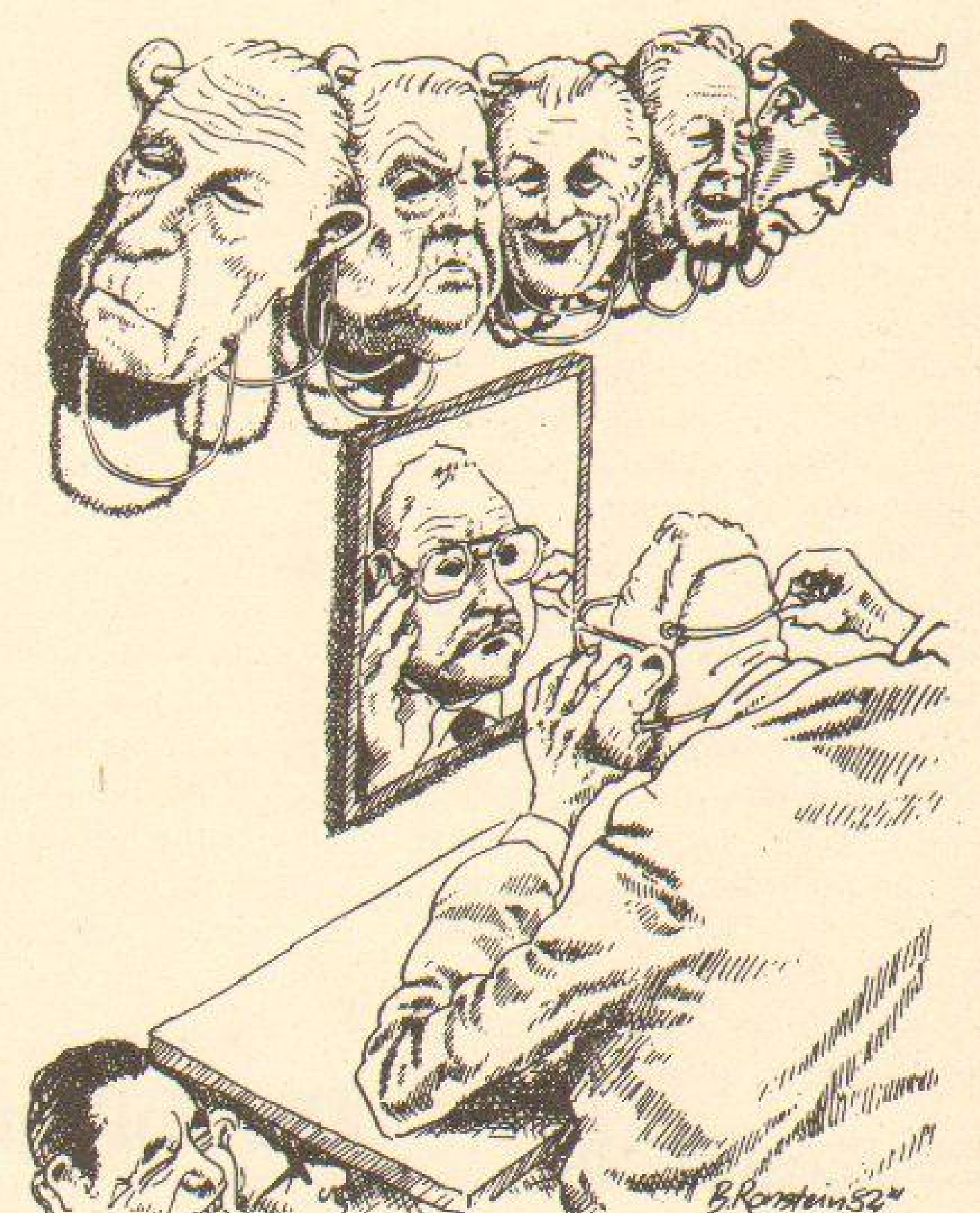
„Die jetzige Vorlage geht eindeutig zu Lasten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften." Das war mit Abstand das „Schärfste", was Johannes Rau gegen das Anti-Streikgesetz vorbrachte. Ansonsten ließ Rau Sprechblasen ab, die an Inhaltsleere und Spießertum jeden Dialogschreiber der Schwarzwald-Klinik in den Schatten stellen.

Rau warnte Blüm vor einem „sozialen Flächenbrand". Er warf Blüm vor, „mit dem Kopf durch die Wand zu wollen". Schließlich ging Rau auch noch auf Distanz zur gewerkschaftlichen Argumentation gegen die §116-Änderung: „Ich halte zwar auch nicht jede polemische Keule gegen die Änderung des §116 AFG für richtig, dafür um so mehr die Notwendigkeit, aufeinander zu hören und einen Konsens zu erreichen."

Kein Wort war von dieser sozialdemokratischen Kohl-Kopie zu hören über die Notwendigkeit, Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit gegen den Angriff von Kapital und Kabinett zu verteidigen.

Erstaunlich immerhin, daß er richtig abgestimmt hat.

Karikatur: B. Ronstein in „was tun"



„... aber Johannes, hinter den rauen Bergen bei den SPD-Zwergen, predigt noch tausendmal hohler als Ihr."

3. Verhandlungsrunde ergebnislos

Massive Warnstreiks der ÖTV

Die dritte Tarifverhandlungsrunde für die 2,7 Millionen Beschäftigen des öffentlichen Dienstes wurde am 30. Januar in Stuttgart ergebnislos vertagt. Vor der nächsten Verhandlungsrunde beteiligten sich am 3. und 4. Januar Zigtausende Beschäftigte an Warnstreiks im ganzen Bundesgebiet.

Der Protest richtete sich dagegen, daß die öffentlichen Unternehmer, angeführt durch Bundesinnenminister Zimmermann, von ihrem „schäbigen Angebot" (so die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies) von 3 Prozent bei einer Laufzeit von 14 Monaten nicht abgingen. Die ÖTV fordert 6 Prozent mehr Lohn und Gehalt bei besonderer Berücksichtigung der unteren Einkommensgruppen. Allerdings mehrten sich in den letzten Tagen die Stimmen von ÖTV-Funktionären, die von dieser Forderung abrückten, um zu erklären, es müsse auf jeden Fall „eine vier vor dem Komma stehen".

Außerdem fordert die ÖTV die vollständige Rücknahme der Kürzungen der Ausbildungsvergütungen im Gesundheitswesen. Hier wurde in der letzten Woche ein Brief der Bonner Gesundheitsministerin Rita Süßmuth an den parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion bekannt, in dem die Ministerin darlegt, daß sich die Kürzung der Ausbildungsvergütung keineswegs mit dem neuen Krankenpflegegesetz begründen läßt.

Während der Tarifverhandlungen in Stuttgart demonstrierten 600 Kolleginnen und Kollegen für die Gewerkschaftsforderungen. Zimmermann lehnte jede Diskussion mit ihnen ab. Monika Wulf-Mathies rief den Demonstranten zu: „Eure Anwesenheit ist die richtige Reaktion auf das Angebot der Arbeitgeber."

Die nächste Verhandlungsrunde wird am 6. Februar stattfinden. Die ÖTV hat Zimmermann aufgefordert, ein „in allen Punkten verbessertes Angebot vorzulegen". Monika Wulf-Mathies erklärte, sie gehe davon aus, daß die Beschäftigten sonst „ihren Unmut deutlicher artikulieren würden".



Wie hier in Duisburg protestierten -zigtausende Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gegen das lächerlich niedrige Angebot der öffentlichen Unternehmen. In einigen Städten kam es auch zu Warnstreiks bei der Bundespost. Die Arbeitsniederlegungen dauerten bis zu drei Stunden.

Ausländerhetze Pflicht?

Fristlos entlassen hat der Springer-Verlag in Westberlin den Anzeigen-Monteur Hans Kruse. Grund: Hans Kruse hatte sich geweigert, eine extrem ausländerfeindliche Anzeige zu setzen.

Es handelte sich um eine Anzeige der rechtsextremistischen sogenannten Bürgerinitiative „Demokratie und Identität". In dem Aufruf geht es gegen die angeblich drohende „Überfremdung" unseres Landes durch die Ausländer. Die Westberliner Bürger werden aufgefordert, sich aktiv dagegen zu wehren.

Für den Springer-Verlag eine „Anzeige, wie jede andere auch".

Hans Kruse klagt nun mit Unterstützung der IG Druck & Papier vor dem Arbeitsgericht gegen seine Entlassung. Das Arbeitsamt befand übrigens, Hans Kruse habe seine Kündigung „selbst verschuldet" und sperrte ihm für drei Monate das Arbeitslosengeld. Die Kollegen aus seiner Abteilung sammelten 750 Mark zu seiner Unterstützung.

Klinikum/Karlsruhe

200 Putzfrauen stürmen Krankenhausausschuß

„Staphylococcus", von KPD und GIM herausgegebene sozialistische Betriebszeitung für die Kolleginnen und Kollegen des Karlsruher Klinikums, berichtet in der Januar-Ausgabe über den Protest gegen die beschlossene Privatisierung des Reinigungsdienstes am Karlsruher Klinikum.

Die Verwaltungsdirektion des Klinikums hatte, um sich aus der Verantwortung zu mogeln, die Entscheidung über die Privatisierung des Reinigungsdienstes in den Krankenhausausschuß der Stadt verlagert. Zuvor aber hatte sie die Angelegenheit auf den Weg gebracht, indem sie eine sogenannte Wirtschaftlichkeitsprüfung veranlaßte und Kostenvoranschläge von privaten Anbietern einholte.

Am 22. Januar stand die Entscheidung über die Privatisierung auf der Tagesordnung der Krankenhausausschuß-Sitzung. Als — für die Herren offensichtlich überraschend — 200 Kolleginnen und Kollegen die Ausschußsitzung besuchten, hatte FDP-Bürgermeister Eidenmüller wegen der angeblichen Vordringlichkeit eines Aids-Vorfalles den Punkt wieder von der Tagesordnung abgesetzt. „Staphylococcus" schildert die Atmosphäre so: „Empörung im Saal. Lautstark. Die Frauen fühlen sich verarscht. Bürgermeister Eidenmüller, die Politiker gehen im Lärm unter. Tagesordnungspunkt 1, Beschaffung eines Sonografiegerätes wird in einer Minute abgehandelt.

Jetzt soll die Sitzung in den nichtöffentlichen Teil übergehen. Tumult im Saal, die Situation vor dem Siedepunkt. Eidenmüller will die Sitzung abbrechen. Über dreißig Minuten ist der Ausschuß tagungsunfähig."

Schließlich müssen die Politiker der Empörung nachgeben. Der gestrichene Tagesordnungspunkt wird nachträglich aufgenommen. Über den weiteren Verlauf der Sitzung berichtet die Betriebszeitung:

„Einträchtig stellen sich CDU, FDP, und Eidenmüller hinter die Privatisierung.

Entlassen werden soll niemand, versichern sie. Durch Ausscheiden, normale Fluktuation, soll stationsweise die Privatisierung durchgesetzt werden. Beginnend in der II. Medizin, wahrscheinlich erst D 41, D 40 dann D 42 usw.

Kolleginnen der II. Med., das bedeutet für Euch Versetzung in andere Klinikbereiche. Dies bedeutet Arbeitsplatzvernichtung bei der Stadt.

Angeblich sollen nur Privatfirmen, die Tarifverträge anerkennen, den Zuschlag erhalten.

Leeres Geschwätz! Macht sich Herr Common jetzt zum Betriebsrat und überprüft die sozialen Arbeitsbedingungen bei den Privaten? 1. sind die Tarifverträge dort schlechter! 2. Arbeitszeiten unter 20 Stunden fallen nicht unter den Tarifvertrag. 3. stärkere Arbeitshetze erfolgt. 4. die Arbeitsplätze bei der Stadt sind weg.

Bei diesen Ausführungen ist starke Unruhe im Saal. Viele Kolleginnen wollten den Politikern etwas sagen. Sie dürfen nicht.

CDU-Gemeinderatsmitglied Rüsel schäumt vor Wut. ‚Wann fliegen hier Eier und Tomaten', schreit er. Hat leider niemand dabei.

Der Personalratsvorsitzende hat einen Tag (!) vor der Sitzung die Angebote der privaten Firmen einsehen können. Diese sollen angeblich 30 bis 50 Prozent billiger sein. Vollmer führt anhand der Angebote aus, daß diese Firmen fürs Geld weniger Leistung vollbringen als unser Reinigungsdienst.

Weniger Leistung, zahlen geringeren Lohn, Akkordbedingungen — klar, die können billiger sein auf dem Rücken der Ausgebeuteten.

Z.B. keine Bettenreinigung, weniger Reinigng an Sonn- und Feiertagen, keine Geschirreinigung usw. usf.

Pflegepersonal, hört, hört!

Das alles, alles hatten die Politiker in ihrer Vorlage gar nicht erhalten. Trotzdem treffen sie eine Entscheidung.

Eidenmüller sagt aus, daß Anträge auf zusätzliche 24 Planstellen im Pflegebereich laufen. Was auf der einen Seite mehr wird, muß anderswo abgeknappst werden. Ohne Abbau bei der Reinigung keine zusätzlichen Stellen für die Pflege.

Ein eiskalter Erpressungs- und Spaltungsversuch ist das. Wer sich gegeneinander ausspielen läßt, Kolleginnen und Kollegen, wird der Dumme sein.

Fast zwei Stunden geht die Auseinandersetzung.

Die CDU zeigt klar auf, wes Geistes Kind sie ist.

Die SPD spricht sich in einem Atemzug gegen Privatisierung aus, um im nächsten Alternativen zu verlangen und diese dann mit der Privatisierung zu vergleichen.

Konsequenz nach Art der SPD = wachsweich

18.05 Uhr. Abstimmung. Sie geht so aus, wie sie ausgehen mußte. Die Wendeparteien haben im Gemeinderat die Mehrheit.

Das bedeutet, daß in nächster Zukunft in der II. Medizin der Start zum Testlauf beginnt.

Nach einem Jahr soll dann noch mal über die Privatisierung debattiert werden.

Keine Privatisierung!
Machen wir denen einen Strich durch die Rechnung!"

An die Fraktionen im Bundestag

Keine Einschränkung des Streikrechts! — Für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung!

Im Bundestag soll bis zu den Landtagswahlen in Niedersachsen im Juni 1986 nach dem Willen der Wenderegierung eine Gesetzesänderung zu § 116 Arbeitsförderungsgesetz durchgezogen werden, die eine weitere Einschränkung des Streikrechts bedeuten würde. Dies steht in engem Zusammenhang mit Verlauf und Ergebnis des Streiks 1984 um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Während auf dem Höhepunkt im Jahre 1984 57500 Metallerinnen und Metaller im Streik standen, sperrten die Unternehmer 162000 Beschäftigte „Heiß" aus; darüber hinaus wurden noch einmal über 350000 Beschäftigte „kalt" ausgesperrt. Daran zeigt sich noch einmal deutlich, daß ein gesetzliches Verbot der Aussperrung notwendig ist. Ein Gesetzentwurf zum Aussperrungsverbot, von den Grünen während des Arbeitskampfes im Bundestag eingebracht, steht in diesem Frühjahr zur Entscheidung an.

Die beabsichtigte massive Einschränkung des Streikrechts und eine nachhaltige Schwächung der Gewerkschaften würde sich nicht nur auf den gewerkschaftlichen Kampf im engeren Sinne auswirken. Die kapitalistische Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Anspruch auf menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen, Frieden, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen könnte sich um ein Vielfaches leichter durchsetzen.

Deshalb ist Widerstand notwendig — wir fordern mit unserer Unterschrift:

Weg mit dem Gesetzentwurf zu § 116 AFG!
Gesetzliches Verbot der Aussperrung!

K. Jung, BR-Vors. Hartmann und Braun, FM, IGM • S. Gretter, BR-Vors. Suhrkamp-Verlag, FM, HBV • H. Göppner, BR-Vors. Rockwell-Golde, FM, IGM • P. Koch, BR-Vors., Stuttgart, IG Druck & Papier • I. Schade, BR-Vors., Karstadt HBV, Düsseldorf • H. Born, Stv. BR-Vors. Karstadt, HBV, Düsseldorf • K. Turhan, V-Mann, IGM, Düsseldorf • K. Schilp, Kreisdeleg. IGBSE, Düsseldorf • H. Horn, BR, ÖTV, Karlsruhe • M. Pfeffer, V-Mann, GHK, Nürnberg • H. Dirkes, VK-Ltg., IGM, Duisburg • K.-D. Löwen, BR, IGM, Stuttgart • G. Bielmann, Ortsfrauenausschuß IGM, Stuttgart • A. Klocke, BR-Vors. IGM, Köln • H. Müller, HBV, Köln • W. Wachner, Vors. Jugendvertret. GHH, Oberhausen, IGM • D. Kreutz, Betr.obmann, IGM, Köln • G. Lux, BR, IGM, Westberlin • M. Rausch, BR, IG Chemie Papier Keramik, Köln • A. Guisto, BR, IGM, Köln, Ford • C. Matthiessen, BR, IGM, HH • B. Rübke, VK-Ltg. MBB, IGM, HH • A. Schnoor, BR-Vors., Siemens, Witten • U. Ley, ÖTV. Pers. Rat, Karlsruhe • J. Schuladen, ÖTV, Pers.-Rat, Karlsruhe • J. F. Anders, Pers.-Rat, GEW, Karlsruhe • Bodo Sinn, Bezirksjugendlt. IGBSE, Karlsruhe • K. Suttner, BR, Scheele, IGM, Unna • H. Humburg, BR, Merkle, IG Chemie Papier Keramik, HH • H. Gärtner, BR, Jurid, IG Chemie Papier Keramik, Glinde • R. Winter, Ortsvereinsvors. IG Druck & Papier, Neu-Isenburg • F. Groos, BR, MBB, IGM, HH • C. Matthiessen, BR, Deutscher Ring, HBV, HH • R. Ahues, RA, Dortmund • B. Schimmeyer, BR Hoesch Stahl AG, Dortmund • A. Blume, Lehrbeauftragter Uni Bochum, Bochum • Max von der Grün, Schriftsteller Dortmund • Fran Baier, Liedermacher, Duisburg • Elisabeth Gloeß, BR, IGM, Nürnberg • VK-Ltg. Still, HH • Rainer Cofalka, Ulm, VL-Sprecher, Kreisvorstand ÖTV • P. Moldan, München, ÖTV • U. Borchers, Bochum 1, BR, IGM • E. Winter, GEW, München • R. Milietat, Bezirksltg. Schöneberg, GEW Berlin • J. Rubarth, BR, IGM, Berlin • H. Hof, Kreisvors. IGDruPa • K. W. Kowohl, BR-Vors. IGM, Gummersbach • T. Steegmann, BR, Krupp Stahl AG, Duisburg-Rheinhausen • U. Briefs, Wiss. Ref., Düsseldorf, GEW • P. Rubner, Nürnberg, HBV • H. Reppel, BR-Opel Bochum, IGM • F. Cebula, BR Opel Bochum, IGM • E. Hemmer, BR Klöckner, Bremen IGM • K. Roth, BR, Bayer Leverkusen, Köln • Beatrix Sassermann, BR. VKL, IG Chemie, Bayer, Wuppertal • U. Franz, BR, VKL, IG Chemie, Bayer Wuppertal • K.-H. Kortus, BR-Vors., IGM, Ulm • Jürgen Szceblewski, Opel, Bo •

Unterschriebene Listen an:
Kontaktadressen: Jakob Moneta, ehemaliger Chefredakteur Metall, 6000 Frankfurt/Main, Postfach 111326; Ute Melzig, Nürnberg, BR-Vorsitzende, IG Druck & Papier, 8501 Schwarzenbruck, Brunnenstr. 11

Für den 14. 2. sind die Unterstützer dieser Initiative zu einem Treffen in Bonn, Kessenicher Hof, Mechenstr. 55 eingeladen. Beginn 19.00 Uhr. Vom Hauptbahnhof fährt man mit der Linie 1 bis zur Haltestelle Berg oder Pützstr. Tel.: (0228) 238530.

Landesweite Kampagne für FAP-Verbot

Am 25. Januar 1986 fand in Dortmund das 4. Ruhrgebietstreffen antifaschistischer Initiativen statt. Das wesentlichste Ergebnis der Konferenz: Die Initiativen bereiten gemeinsam eine ganz NRW umfassende Kampagne für Auflösung und Verbot der faschistischen FAP vor, zu der eine landesweite Demonstration im Mai '86 gehören wird.

An die 90 Antifaschistinnen und Antifaschisten aus 17 Städten waren zu dem Treffen gekommen, das diesmal vom Antifaschistischen Forum Dortmund ausgerichtet wurde.

Nachdem Vertreter der verschiedenen Initiativen und Parteien — die sich inzwischen nicht nur in Dortmund, sondern auch in einigen anderen Orten zu örtlichen Foren (allerdings unterschiedlicher Breite und Zusammensetzung) zusammengefunden haben — über ihre Arbeit und Erfahrungen seit dem letzten Ruhrgebietstreffen (August '85, der RM berichtete) berichtet hatten, stand bei der Frage nach möglichen gemeinsamen Aktivitäten der Kampf für die Unterbindung der Umtriebe der FAP im Mittelpunkt der Diskussion.

Die Anwesenden einigten sich darauf, daß eine von der VVN ausgehende Initiative zur landesweiten Unterschriftensammlung ein wesentliches Bindeglied der Kampagne sein soll, zu der das Treffen sozusagen den Startschuß gab. In der Auseinandersetzung um den Text der Liste wurde unter anderem herausgestellt, daß es allen Anwesenden um ein Verbot der FAP als **faschistische** Organisation geht, nicht als „verfassungsfeindliche". Allen Versuchen reaktionärer Kräfte im Zusammenhang mit der inzwischen durch die intensive und erfolgreiche Arbeit der Antifaschisten auch etwa der CDU aufgezwungene Diskussion über das FAP-Verbot gleichzeitig einen Schlag gegen **linke** „Extremisten" vorzubereiten, wurde der Kampf angesagt. Es wird der CDU auch kaum gelingen, in diesem Fall ihren Worten so ohne weiteres Taten folgen zu lassen. Bei SPD und Jusos gibt es starke Kräfte, die ja z.T. sehr intensiv in die Anti-FAP-Aktionen eingebunden sind, die ähnlichen Ansichten in ihrer eigenen Partei deutlich entgegentreten. Auf dieser Grundlage der Einsicht in das gemeinsame Interesse an der Ausschaltung der Nazis konnten sich Initiativen und Foren bilden, in denen Sozialdemokraten, Christen, Grüne, Mitglieder von DKP und KPD und andere zusammenarbeiten.

Für die eindeutige Mehrheit der Konferenzteilnehmer stand in all diesen Diskussionen außer Zweifel, daß die Initiative verschiedener SPD-Organisationen und der SPD-Landtagsfraktion zu unterstützen sind, auch auf Grundlage des Artikels 21 Grundgesetz („Verfassungsfeinde" ...) gegen die FAP vorzugehen und über den Bundesrat ans Bundesverfassungsgericht heranzutreten.

Diese Initiativen sind auch auf den Einsatz der Antifaschisten vor Ort zurückzuführen, stellen eine für viele überraschend schnelle Reaktion der SPD und dadurch auch örtlicher und landesweiter Entscheidungsgremien dar. In diese Reihe gehören auch Vorstöße wie der Beschluß des Rates der Stadt Bielefeld, den FAP-Faschisten keine Stände und öffentlichen Räume mehr zur Verfügung zu stellen und eine gleichlautende Anweisung des Dortmunder Oberbürgermeisters Samtlebe an die städtische Ordnungsbehörde.

Auch hierüber ergeben sich weit bessere Möglichkeiten zur Öffentlichkeitswirksamkeit der antifaschistischen Arbeit, zur Einbeziehung breiterer Teile der Bevölkerung, darunter als wichtigstem aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, als das noch vor gar nicht langer Zeit der Fall war.

Gleichzeitig ist für die Teilnehmer der Konferenz klar, daß es ein Abwarten auf einen eventuellen und ja derzeit recht unwahrscheinlichen Erfolg der NRW-Initiative im Bundesrat nicht gibt.



Wenn das Grundgesetz zu Rate gezogen wird, gibt es nicht nur den Artikel 21, sondern auch den Artikel 139, demzufolge die faschistischen Organisationen bereits verboten sind. Die Konferenzteilnehmer fordern deshalb auch vom Innenminister des Landes NRW, **umgehend** Maßnahmen zur **Auflösung** der FAP zu treffen. Gleichzeitig bekräftigten sie ihre Entschlossenheit, den Auftritten der Nazis gleich welcher Partei vor Ort selbst entgegenzutreten.

Die hier kurz angerissenen Auffassungen spiegeln sich auch im Text der Unterschriftenliste wieder (siehe Dokumentation in diesem RM). Es hat bereits eine bemerkenswerte Resonanz auf die ersten Sammlungaktionen gegeben.

Wie die beschlossene Kampagne genau aussehen soll, werden Vertreter verschiedener Städte am 14.2. wiederum in Dortmund beraten. Dann wird auch die bereits erwähnte Demonstration vorgeplant. Im Zusammenhang mit dieser Demonstration wird auch eine Übergabeaktion der bis dahin (etwa Mitte Mai) gesammelten Unterschriften stattfinden.

Die Aktionen gegen die FAP sind von Bedeutung für den Kampf für die Zerschlagung und das Verbot aller Nazi-Organisationen. Ein realer erster Schritt, dessen Vollziehung möglich — erzwingbar! — erscheint, womit die Antifaschisten eine Position errungen hätten, die ausbaufähig ist.

In der Diskussion, in der vom Dortmunder Forum gegebenen Einleitung zu dem Treffen und schließlich auch der von den Teilnehmern verabschiedeten Abschlußresolution wird im übrigen deutlich hervorgehoben, daß dieser Kampf Bestandteil eines umfassenderen Kampfes gegen reaktionäre und pro-faschistische Politik ist. Der Kampf gegen die Angriffe auf den § 116 Arbeitsförderungsgesetz, also gegen den Versuch, das Streikrecht auszuhöhlen, gehört in allererster Linie dazu. Ebenso der Kampf gegen eine Politik der Aufrüstung und des Sozialabbaus, eine Politik des Rassismus, der Ausländerfeindlichkeit. In diesem Zusammenhang wird in der Resolution u.a. „das kommunale Wahlrecht für Ausländer als ein Schritt auf dem Weg zur völligen Gleichberechtigung" gefordert.

Genossinnen und Genossen der KPD sind in dieser Arbeit aktiv und haben sie z.T. mit initiiert und auf den Weg gebracht. Unser Ziel muß es sein, die vorhandenen Möglichkeiten unserer Partei organisiert in die Anti-FAP-Kampagne einzubringen. Dieser Aufgabe wird sich auch die Antifa-Arbeitsgruppe der KPD in den Landesbezirken zu widmen haben, die sich in diesen Tagen in Ostwestfalen bzw. Ruhr konstituieren. Darüber hinaus wollen wir demnächst auf einem ersten bundesweiten Treffen von Genossinnen und Genossen, die in der Antifa- und Ausländerpolitik engagiert sind, neben anderen wichtigen Punkten auch darüber sprechen, wie der Kampf gegen die FAP bundesweit ausgebaut werden kann.

Nachtrag: Das Ruhrgebietstreffen lief nicht ganz ungestört ab. Eine Bombendrohung zwang für fast eine Stunde zum Verlassen des Tagungsgebäudes. Die Polizei unternahm weiter nichts, als das Haus kurzzeitig schließen zu lassen und nach Ablauf der von den faschistischen Provokateuren angegebenen Frist bis zur angeblichen Explosion der gar nicht vorhandenen Bomben wieder freizugeben. Sie war auch unfähig oder unwillens, für eine Beobachtung der umliegenden Straßen zu sorgen, so daß einem Teilnehmer der gleichzeitig tagenden Konferenz betrieblicher Friedensinitiativen die Reifen seines Autos zerstochen wurden. Die Dortmunder Presse druckte eine Protesterklärung dazu ebensowenig ab wie einen gleichzeitig übergebenen Bericht über das Ruhrgebietstreffen.

Aufruf zum Verbot der FAP:

Aus der Geschichte lernen

FAP verbieten

Den Terror stoppen

Vor 40 Jahren wurde der deutsche Faschismus geschlagen. 55 Millionen Menschen in Europa überlebten Krieg und Terror nicht. Die Völker der Anti-Hitler-Koalition und die deutschen Antifaschisten stimmten darüber überein, daß der Faschismus mit allen Wurzeln vernichtet werden müsse. Das geschah jedoch in der Bundesrepublik nicht.

In zunehmendem Maße begegnen wir neofaschistischen Umtrieben. Die Gefahr wächst.

Es gibt ein ausgedehntes Geflecht neofaschistischer Parteien und Organisationen, Zeitschriften und Verlage. Eine dieser Organisationen ist die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP). Ihr Programm ist die Wiederbelebung des Faschismus und die tagtägliche Praxis ist der Terror.

Morddrohungen, Überfälle, Brandanschläge, Bomben... ausländische Kolleginnen und Kollegen werden niedergeschlagen, Gewerkschafter werden angegriffen, gegen Demokraten wird gehetzt. Die FAP ist die „Sturm-Abteilung" der heutigen Nazis.

Die FAP ist eine neofaschistische Organisation, die als Ersatz der am 7.12.83 durch den Bundesinnenminister verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Aktivisten" (ANS/NA) tätig ist. Sie wird durch Mitglieder der „Wiking-Jugend" und der „Jungen Nationaldemokraten" verstärkt. Die FAP steht nach eigenen Aussagen in der Nachfolge der NSDAP.

Nach Artikel 139 des Grundgesetzes sind die von den Alliierten erlassenen Rechtsvorschriften „zur Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus" nach wie vor gültig. Faschistische Organisationen, Parteien und NS-Propaganda sind demzufolge illegal. Desweiteren verbieten die Artikel 9 und 26 des Grundgesetzes, verschiedene strafrechtliche Bestimmungen, das Vereinsgesetz und internationale Verträge den Neofaschismus, seine Organisationen und seine Propaganda.

Trotzdem wurde die FAP sogar zu verschiedenen Wahlen — so auch zur letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zugelassen.

Im Schutze der so zuerkannten Scheinlegalität bereitet die FAP jetzt ihre Kandidatur zur nächsten Landtagswahl in Niedersachsen und zur Bundestagswahl vor.

Für uns ist es unerträglich, daß 40 Jahre nach Ende der Hitler-Diktatur neofaschistische Parteien wie die NPD und andere Gruppierungen — allen voran die offen terroristische FAP — „legal" agieren und sogar zu Wahlen kandidieren können.

Wir begrüßen den Beschluß des Rates der Stadt Dortmund, der das Verbot der FAP forderte und unterstützen den Bielefelder Ratsbeschluß der darüber hinaus der FAP ab sofort die Nutzung sämtlicher städtischer Räume und Plätze verboten hat.

Wir unterstützen auch den Beschluß des Landtages von Nordrhein-Westfalen, der das Verbot der FAP fordert.

Wir fordern die Unterbindung jeglicher Nazipropaganda und jeder Naziaktivität! Wir fordern das sofortige Verbot der terroristischen FAP!

Pressemitteilung der GEW/NRW:

Pädagogen für Verbot der FAP

Die Umtriebe der neofaschistischen FAP und der neofaschistischen Vorfeldorganisationen der FAP in Nordrhein-Westfalen nehmen zu. Immer mehr werden vor allen Dingen Schulen Zielfeld faschistischer Aktivitäten, von der Verteilung rassistischer und verhetzender Schriften bis zur persönlichen Gewaltandrohung und jetzt auch wieder kriminellen Gewaltakten.

Mit Sorge betrachtet die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen seit langem diese Entwicklung, die in diesen Tagen mit dem Brandanschlag auf das Auto eines Gelsenkirchener Schulleiters, dem zuvor ein schriftliches „Todesurteil" zugeleitet wurde, einen neuen Höhepunkt gefunden hat.

Die Vielzahl einzelner Vorgänge und die immer dreister werdenden Aktivitäten der Neofaschisten haben die GEW jetzt veranlaßt, in einem Schreiben an den nordrhein-westfälischen Innenminister, Dr. Herbert Schnoor, das Verbot der FAP zu fordern, die sich selbst als Nachfolgeorganisation der NSDAP bezeichnet.

Wörtlich heißt es in dem Schreiben des GEW-Landesvorsitzenden, Alf Hammelrath:

„Wenn Pädagogen sich auf der Grundlage unserer demokratischen Verfassung gegen Ausländerfeindlichkeit und Hetze gegen Minderheiten stellen, so sind sie wenig glaubwürdig, wenn sie dann politisch allein gelassen werden. Im Bereich nazistischer Umtriebe und Gewalttaten kann und darf es keinen Raum für Toleranz geben."

„Wir sind als GEW", so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft, „grundsätzlich für eine Politik, die auf pädagogische Maßnahmen, auf Vernunft und Vertrauen mehr setzt, als auf juristische Formulierungen und polizeiliche Durchsetzungsmöglichkeiten. Pädagogische Maßnahmen haben aber ihre Grenzen dort, wo offen Gewalt einsetzt. Das ist nach unserer Auffassung bei der FAP der Fall, und darum fordern wir die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die FAP als ein klares politisches Zeichen."

Klarheit fordert die GEW auch in der Frage der polizeilichen Ermittlungen. So ist es ihrer Auffassung nach eine ungeheure Verharmlosung, wenn Brandanschläge faschistischer Organisationen von der Polizei als „Sachbeschädigung" behandelt werden.

Aufruf zur Demonstration und Kundgebung am 11.10. nach Hasselbach

Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Köln

Am 1./2. Februar fand in Bonn-Beuel die Aktionskonferenz der Friedensbewegung statt, in deren Mittelpunkt die Diskussion um die „Friedenskampagne '86" stand. Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe des RM die Resolution, die als Grundlage für diese Kampagne beschlossen wurde sowie eine Resolution zu § 116. In der nächsten Ausgabe des RM werden wir über weitere Ergebnisse der Konferenz und wichtige Diskussionen dort berichten.

Frieden braucht Bewegung

Für eine andere Politik

Abrüstung jetzt — Friedens kampagne '86

Wir brauchen eine andere Politik. Es gibt keine Sicherheit mit immer mehr Waffen. Dies ist ein tödlicher Irrtum. Weltraumwaffen, Atomraketen, modernste Kriegstechnik und die Rückkehr zum Faustrecht gegenüber den Völkern der „Dritten Welt" rücken die Menschheit näher an den Abgrund.

Es muß ein Anfang gemacht werden, die riesigen Waffenarsenale abzurüsten. Wir wollen unseren Kindern eine Welt übergeben, die frei ist von atomarer Bedrohung. Dazu müsen alle Massenvernichtungswaffen abgeschafft werden. Alle Menschen und Völker sollen ihr Leben frei von Furcht gestalten können — friedlich und gerecht.

Wir wollen eine Welt frei von Sexismus und Rassismus. Durch Abrüstung und eine neue Friedenspolitik. Verschaffen wir uns Möglichkeiten, den sozialen und ökologischen Ruin abzuwenden. Wir brauchen Arbeit für alle und Brot für alle.

Statt Westeuropa mit aufzurüsten, muß die Bundesrepublik eigene Abrüstungsschritte gehen. Wir fordern:

1. Keine Beteiligung unseres Landes an Erforschung und Entwicklung von Weltraumwaffen — und Raketenabwehr — hier und überall. Sie schützen niemand und bringen die Atomwaffen nicht aus der Welt.

2. Pershing II und Cruise-Missiles müssen alle wieder weg! Der Bundestag muß den Stationierungsbeschluß aufheben!

3. Statt die Bundeswehr weiter mit offensiven Waffen aufzurüsten, muß der Rüstungshaushalt gesenkt werden.

4. Wir fordern, den Einfluß des Militärs auf unser Leben zurückzudrängen, den Militärdienst zu kürzen, die illusionäre Zivilschutzplanung zurückzunehmen und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht länger einzuschränken.

5. Wir fordern, Rüstungsexporte zu beenden und sich der Unterdrückung von Völkern der „Dritten Welt" entgegenzustellen.

Alle chemischen Kampfstoffe sind zu vernichten. Alle Atomwaffentests sollen sofort gestoppt werden.

Vorliegende, weitreichende Vorschläge zur vollständigen atomaren Abrüstung, wie z.B. den der Sowjetunion, erfordern eine positive Antwort. Die Stationierung von Cruise Missiles zeigt, daß die Bundesregierung keine Abrüstung will.

Wir haben gelernt: Frieden braucht Bewegung. Nur durch unser eigenes Handeln werden unsere Forderungen unüberhörbar.

Im Jahr vor den Wahlen zum Deutschen Bundestag müssen Weichen gestellt werden. Sorgen wir dafür, daß keine Regierung mehr den Willen der Bevölkerung übergehen kann. 1986 muß zum Jahr des Friedens werden!

Wir sehen heute, daß die Politik seit vielen Jahren die Menschen vereinzeln, entsolidarisieren und wehrlos machen will. Dann sind sie besser zu beherrschen. Dagegen müssen sich die sozialen Bewegungen stellen — die Friedensbewegung, die, die in Schwandorf gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage kämpfen, die Frauenbewegung, die Arbeitslosen, die Gewerkschaften. Der gemeinsame Widerspruch ist nötig.

Wir rufen deshalb alle Bürgerinnen und Bürger auf:

- Macht mit bei der Friedenskampagne '86 der Friedensbewegung!
- Kommt zur bundesweiten Demonstration und Kundgebung an der Cruise-Missiles-Basis in Hasselbach/Hunsrück am 11. Oktober 1986! Unterstützt Aktionen zivilen Ungehorsams!
- Meßt die Wahlversprechen der Parteien an den Forderungen der Friedensbewegung!

Es gibt einen Weg: Frieden schaffen ohne Waffen.



Hände weg vom Streikparagraphen 116 AFG!

„Wir, die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an der Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 1./2. Februar in Bonn-Beuel, rufen die Bundesregierung, die Arbeitgeberverbände sowie CDU/CSU und FDP auf, den § 116 AFG nicht zu verändern und dies in der Öffentlichkeit unzweideutig zu erklären.

Wenn wir uns mit Entschiedenheit gegen die undemokratischen Pläne zur Änderung des § 116 AFG wenden, dann deshalb, weil wir den Abbau demokratischer Rechte auch auf anderen Gebieten verurteilen, weil wir alle Versuche zur Disziplinierung der Friedensbewegung, zum Beispiel durch Berufsverbote wegen des Engagements in der Friedensbewegung, mit Empörung zurückweisen. Wir erklären uns mit den Protestaktionen der DGB-Gewerkschaften solidarisch, die darauf abzielen, alle Pläne zur Änderung des § 116 AFG zu durchkreuzen, sie undurchführbar zu machen. Wir rufen die Friedensbewegung dazu auf, sich an den Aktionstagen des DGB am 4. und 5. Februar 1986 zu beteiligen."

Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts

Kein Asyl für Tamilen?

Inzwischen liegt das „Tamilen-Urteil" des Bundesverwaltungsgerichts vom Dezember letzten Jahres schriftlich vor. Es bedeutet nicht nur einen Freibrief für Abschiebungen, sondern stellt auch einen neuen Höhepunkt im juristischen Abbau des Asylrechts dar.

Über 10000 Tamilen, darunter viele Frauen und Kinder, leben mittlerweile in der Bundesrepublik. Sie stellen gegenwärtig die größte Gruppe der Asylbewerber. Die wenigsten von ihnen haben sich in Sri Lanka politisch betätigt. Die meisten sind vor den Massakern der Bevölkerung und den Überfällen der Armee in die Bundesrepublik geflohen. Und gerade gegen sie richtet sich das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vor allem.

Das Bundesverwaltungsgericht ist nämlich — im Unterschied zu vielen unteren Verwaltungsgerichten — der Meinung, daß die Tamilen in Sri Lanka nicht verfolgt werden, weil sie einer ethnischen Minderheit angehören, sondern bekämpft werden, weil sie einen Bürgerkrieg gegen den Staat von Sri Lanka führen. Gruppen, die an einem Bürgerkrieg beteiligt sind, haben aber bereits nach einer früheren Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts keinen Anspruch auf Asyl. Neu an der jetzigen Entscheidung ist, daß das Bundesverwaltungsgericht jetzt auch die Zivilbevölkerung zur Bürgerkriegspartei erklärt und ihr deshalb den Anspruch auf Asyl abspricht.



Das Gericht bestreitet dabei keineswegs, daß die Armee von Sri Lanka in großem Stil an der Zivilbevölkerung Vergeltung übt für Aktionen der tamilischen Befreiungsbewegung. Diese Vergeltungsaktionen sind aber nach Ansicht des Gerichts nicht als „rassisch und damit politisch motiviert anzusehen", sondern geschehen deshalb, „weil sie (die Zivilbevölkerung — RM) selbst oder ihre militanten Kampforganisationen in ihrem Namen die Staatsgewalt aktiv bekämpfen." Eine Unterscheidung zwischen diesen Kampforganisationen und der Zivilbevölkerung ist nach Ansicht des Gerichts schon deshalb nicht möglich, weil erstere nämlich „unter Einbeziehung der Zivilbevölkerung operieren." Und weil das so ist, sind nach Ansicht des Gerichts eben auch die Vergeltungsaktionen gegen die Zivilbevölkerung als „staatliche Herrschaftssicherung" zu betrachten und damit als legitim.

Was das Bundesverwaltungsgericht mit dieser Grundsatzentscheidung meint, hat im September letzten Jahres das Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen bereits mit klaren Worten zu Papier gebracht. In der Ablehnung des Asylantrags eines Tamilen hieß es nämlich: „Selbst wenn das Militär in der Lage sein sollte ... die gesamte tamilische Bevölkerung im Norden zu disziplinieren, niederzuhalten oder schlimmstenfalls sogar zu vernichten ... darf nicht verkannt weren, daß in der den Aktionen zugrunde liegenden Terrorismusbekämpfung ein legitimes Ziel liegt."

Um die massenhafte Abschiebung der Tamilen zu verhindern, haben verschiedene Organisationen einen gemeinsamen Aufruf verfaßt, der die Anerkennung der Tamilen als Gruppenverfolgte und einen sofortigen Abschiebestopp fordert. Der Aufruf ist zu bekommen bei: Flüchtlingsrat Berlin, Handjerystr. 19, 1000 Berlin 41.

Meldungen

GSG 9 gegen Demonstranten?

Nachdem kürzlich bekanntgeworden ist, daß bei der Räumung des Hüttendorfes der Wackersdorf-Gegner Angehörige der GSG 9 bereit standen, hat der bayrische Landtagsabgeordnete der SPD, Gantzer, jetzt erklärt, es gäbe Hinweise darauf, daß bereits bei der Demonstration gegen die Wiederaufbereitungsanlage im Oktober letzten Jahres eine Einheit der GSG 9 bereit stand.

Ostermarsch für Beamte verboten?

Der 28jährige Bundesbahnbeamte Joachim Mende bekam jetzt mitgeteilt, daß wegen seiner Zugehörigkeit zur DKP und seiner Aktivitäten für diese Partei gegen ihn der Verdacht eines Dienstvergehens bestehe. Gleichzeitig wurden ihm schriftlich 43 Fragen vorgelegt, die er im Rahmen einer Vorermittlung beantworten soll. Gefragt wird nicht nur, ob Mende für die DKP kandidiert hat, Mitglieder für geworben hat oder Veranstaltungen der DKP besucht hat. Gefragt wird auch, ob er am Ostermarsch teilgenommen und einen Aufruf zum Boykott der Volkszählung unterschrieben habe!

Verbotsversuch gescheitert

Letzten Endes konnte der Kongreß „Antiimperialistischer Widerstand und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" am letzten Wochenende in Frankfurt doch legal stattfinden.

Wegen des Vorwurfs der Werbung für terroristische Vereinigungen sollten die Veranstalter zunächst die angemieteten Räume in der Frankfurter Fachhochschule nicht bekommen. Das Frankfurter Verwaltungsgericht und der hessische Verwaltungsgerichtshof entschieden gegen den Vermieter. Das war am Donnerstag, einen Tag vor Kongreßbeginn. Trotzdem erließ Oberbürgermeister Wallmann am nächsten Tag eine Verbotsverfügung und bot mehrere hundert Polizisten auf, um die Veranstaltung aufzulösen. Durch Vermittlung der Leitung der Fachhochschule kam es nicht zur Räumung. Am Samstag und Sonntag erklärten die Verwaltungsgerichte dann die Verbotsverfügung für unwirksam.



Eine lesenswerte, informative und in vielerlei Hinsicht hilfreiche Broschüre zum Kampf der Schwarzen in südlichen Afrika ist jetzt erschienen:

Südafrika Geschichte, Kultur, Widerstand ist der Titel des Heftes, das der Arbeitskreis Afrika-AKAFRIK, die AZANIA-Koordination für Projekte, Kultur und Bildung e.V. und das Informationszentrum 3. Welt (iz3w) herausgebracht haben. Auf 60 reich bebilderten Seiten (mit vielen Anzeigen für Bücher und Informationsmaterial) finden sich u.a. folgende Beiträge:

Zeit der Landnahme/ Rassismus mit System / Repression und Widerstand / Freiheitscarta contra Black Consiousness? / Gedanken zu einem gesellschaftlichen Anachronismus / „Die Bewegung wird von den Ghettos auf die Fabriken übergehen" / Der niedrigste Lohn ist noch zu hoch/ Und wenn Du dazu noch Frau bis / Struktur und Krise der südafrikanischen Wirtschaft / Schwarze Arbeiter im Kampf gegen Kapital und Rassismus / Fremde im eigenen Land / Krieg der Worte / Literaturliste, Filme Gruppenadressen.

Die Herausgeber schreiben in ihrem Vorwort: *„Mit dieser Broschüre richten wir uns an Dich, liebe Leserin, lieber Leser, nicht nur, damit Du Dich befriedigt in Deinen Sessel zurücklehnen kannst: „Aha, jetzt blick' ich also durch in Südafrika", sondern vor allem, um Dich anzuregen, Dich an Deinem Wohnort mit Leuten zusammenzusetzen und sinnvolle Aktionen zu richten gegen die, die von der Ausbeutung profitieren und an die, die vielleicht immer noch unbewußt an diesem Profit teilhaben."*

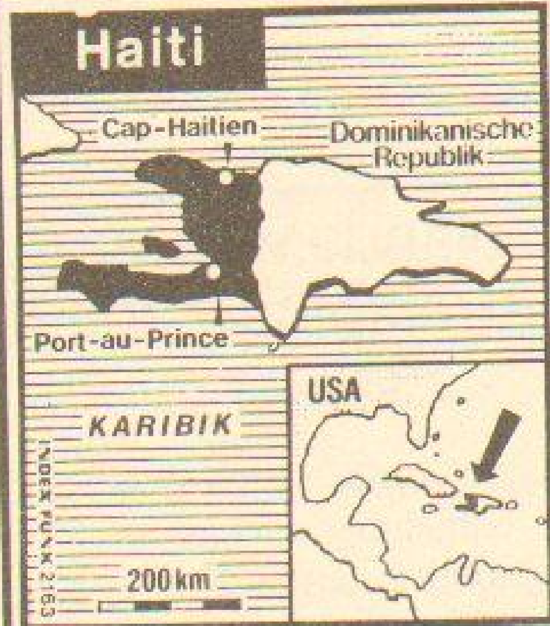
Die Broschüre — 60 Seiten, DIN A 4) kann man zum Preis von 3,— DM bestellen bei:

AZAKO — AZANIA-KOORDINATION —
für Projekte, Kultur und Bildung e.V.
An den Mühlen 25
4400 Münster
Tel.: (0251) 521302

Unruhen auf Haiti

„Das Geld ist in der Schweiz, wir im Elend"

Schon seit Wochen gibt es große soziale Unruhen in Haiti. Die Bewohner der kleinen Inselrepublik in der Karibik wehren sich gegen die Diktatur des Jean-Claude Duvalier. In der vergangenen Woche erreichten die Demonstrationen und Proteste ein derartiges Ausmaß, daß schon gemeldet wurde, Duvalier sei gestürzt und außer Landes geflohen. Leider waren diese Meldungen verfrüht



40000 Menschen waren in der vergangenen Woche in der zweitgrößten Stadt Haitis, in Cap Haitien, auf die Straße gegangen. Hauptforderungen war Rücktritt des „Präsidenten auf Lebenszeit", Jean-Claude Duvalier. Haiti gehört heute zu den ärmsten Ländern, nicht nur der Karibik, sondern der Welt. Das Jahresdurchschnittseinkommen der Haitianer liegt bei gerade 100 Dollar, die Kindersterblichkeit liegt im Lande bei 200 von 1000, in den Slums der Hauptstadt Port-au-Prince sterben von 1000 Säuglingen die Hälfte.

Vor 14 Tagen — nach schon lange anhaltenden Unruhen — hat der Diktator die Auflösung der gefürchteten und berüchtigten Geheimpolizei Tanton Macoutes angekündigt, ein Schritt, der den Volkszorn auf sein Unrechtsregime aber nicht besänftigen konnte. Bei den Unruhen wurden mindestens drei, wahrscheinlich jedoch zwölf Menschen von Polizei und Militär erschossen. Im Verlauf der Demonstrationen kam es immer wieder zu Plünderungen von Lebensmittellagern. Die Lager, unter anderem von der amerikanischen Hilfsorganisation Care beinhalteten vor allem Lebensmittel für die Schulspeisungen. Demonstranten, die an den Plünderungen teilnahmen, erklärten, ihre Kinder hätten nichts mehr zu essen, nachdem die Regierung am 8. Januar die Schulen geschlossen hatte.

Solche Probleme hat der Diktator und seine Familie nicht. Der Clan der Duvaliers beherrscht das Land seit 1958. Damals hatte François Duvalier — ein Arzt — die Macht übernommen und ein Schreckensregime errichtet. „Papa Doc", wie er genannt wurde, erklärte seinen damals noch minderjährigen Sohn Jean-Claude zum „Präsidenten auf Lebenszeit". „Baby Doc", wie man den Sohn abfällig nannte, machte jahrelang eher als Playboy in der internationalen Schikkeria Schlagzeilen, bis er in jeder Hinsicht ein „würdiger" Nachfolger seines Vaters wurde. Während Familienangehörige der Duvaliers mit „Concord"-Flugzeugen nach Europa zum Einkaufen fliegen, hungert das Volk, wird jeder politische Widerstand brutal verfolgt. Als Studenten im Jahre 1985 gegen ein Referendum protestierten, das die diktatorischen Vollmachten Baby Docs bestätigen sollte, wurden Militär und Milizen in Marsch gesetzt, drei Studenten wurden erschossen. Zig tausende Bewohner Haitis sind geflohen, in die benachbarte Dominikanische Republik oder in die USA. Die Nachrichten vom Elend und von der Unterdrückung auf der Insel — von vielen Menschenrechtsorganisationen immer wieder angeprangert — haben jetzt auch die USA bewogen, auf Distanz zum Diktator zu gehen. Ein zugesagter 26-Millionen-Dollar-Kredit wurde zunächst einmal blockiert.


Diktator „Baby-Doc"

Noch aber sitzt Duvalier fest im Sattel. Nach den Meldungen über seinen Sturz und seine Flucht meldete er sich im Fernsehen: „Hier spricht der Präsident, fest wie immer, fest wie ein Affenschwanz" (ein haitianisches Sprichwort). Oder scheint es nur so? Seine bei dieser Fernsehrede bekanntgegebenen Maßnahmen zeigen aber doch, daß er die Proteste ernst nehmen muß: er hob, zunächst für „nur" 30 Tage die ohnehin spärlichen Grundrechte der Haitianer auf und ließ Radiosender schließen, die zu positiv und ausführlich über die Proteste gegen sein Regime protestierten.

Die Bevölkerung wehrt sich gegen das Elend und während der Demonstrationen kommt auch klar zum Ausdruck, wem sie die Schuld gibt. In Anspielung auf den Luxus und die Verbindungen des Duvalier-Clans heißt es dann: „Das Geld ist in der Schweiz, und wir im Elend".

Türkei:

Ein Folterer packt aus

Erheblichen Wirbel haben in der Türkei die Geständnisse eines Folterknechts ausgelöst. Sedat Caner, ein ausgebildeter Folterexperte, hatte in der vergangenen Woche dem türkischen Magazin „Nokta" berichtet, auf Befehl von oben mindestens 200 Menschen während seines Dienstes gefoltert zu haben. Detailliert berichtete er über verschiedene unmenschliche, grausame Praktiken und gab sogar Orte an, wo zu Tode gefolterte verscharrt wurden.

Sedat Caner hat sich jetzt der türkischen Staatsgewalt gestellt, um noch genauer über seine Diensttätigkeit auszusagen.

Aber nicht in den Händen der Staatsanwaltschaft ist dies Geständnis eine Gefahr für die Herrschenden in der Türkei, sondern durch das breite Echo in der Presse. Seit der Veröffentlichung in „Nokta" häufen sich die Foltervorwürfe in den Zeitungen. Fast täglich erscheinen neue Dokumente, Aussagen und Vorwürfe. Die Aussage des Folterers Caner scheint einen Damm gebrochen zu haben. Neben den vielen neuen Meldungen erscheinen auch immer genauere Beweise, die die Richtigkeit der Geständnisse Caners bestätigen.

Die türkische Regierung versucht noch alle Vorwürfe abzuweisen. Ministerpräsident Özal nannte den geständigen Polizeibeamten einen „Linken", der Innenminister Akbulut nannte ihn einen „Psychopathen". Alles sei nur eine Verleumdungskampagne, die das Ziel habe, den türkischen Staat zu lähmen. Aber diese Reaktion überzeugt nicht mehr viele Leute. Einerseits — so vermeldet der „taz"-Korrespondent Ömer Seven aus der Türkei — haben die Presseberichte erhebliche Unruhe in den Kreisen der Folterpolizisten ausgelöst. Sie fühlen sich durch die Angriffe der Presse verraten und verkauft, und drohen, ebenfalls auszupacken. Andererseits müssen Untersuchungen zugelassen werden. So fahren zur Zeit Abgeordnete der sozialdemokratischen Volkspartei eine Rundreise durch die kurdischen Provinzen, um eben solchen Foltervorwürfen nachzugehen. Ihnen bot sich ein Bild des Grauens: ausgeräumte Dörfer, verscharrte Leichen. Über 800 Verschwundene ermittelte der Abgeordnete Saglar und sagte: „Es ist wie in Lateinamerika".

Die breite öffentliche Debatte über diese Zustände in der Türkei, dem bei unserer Regierung so beliebten „NATO-Partner" werden wir weiter verfolgen.

Die Rundreise des PAC beginnt

Mitte des Monats beginnt die Reihe der Informations- und Diskussionsveranstaltungen zum Befreiungskampf in Azania/Südafrika mit Vertretern des Pan Africanist Congress (PAC) in der Bundesrepublik. Folgende Veranstaltungstermine mit Genossen Johnsohn Mlambo, dem Vorsitzenden des PAC stehen jetzt fest:
Hamburg, 18.2.
Dortmund, 19.2. (Aula der städt. Bücherei Nord, Münsterstr. 138, 19.00 Uhr)
München, 21.2.
Stuttgart, 22.2.

Veranstaltung mit dem Vorsitzenden des Pan Africanist Congress (PAC) Johnson Mlambo

„Izwe lethu!"- Das Land gehört uns!



Parallel zu diesen Veranstaltungen reist der Genosse Ibrahim Gora, der UNO-Vertreter des PAC und Mitglied des ZK des PAC. *„Genosse Gora ist einer der Azanier, die vom Regime, einigen Polit-Händlern um Durban — (Indian Peoples Congress) — und jenen Westeuropäern, die die Apartheid bekämpfen, als „Inder" und /oder „Asiat" tituliert werden. Er schenkte von Anfang an den Rassismus-Vorwürfen gegen den PAC keinen Glauben und ist Gründungsmitglied des PAC."* (Aus einem Schreiben des PAC-Vertreters in der BRD, Philip Mokgadi)

Genosse Gora Ibrahim wird seine Informations- und Diskussionsveranstaltungen an folgenden Tagen durchführen.

17.2. .... Münster
18.2. .... Rendsburg
19.2. .... Göttingen
21.2. .... Schweinfurt
22.2. .... Regensburg
24.2. .... Graz (Ö)
25.2. .... Konstanz
26.2. .... Freiburg
27.2. .... Ulm
28.2. .... Frankfurt

Veranstalter sind verschiedene Komitees, Gruppen und Organisationen in den einzelnen Orten. Die Rundreise wird von den im „Beilagenkreis" zusammenarbeitenden revolutionär-sozialistischen Organisationen durchgeführt.

SPENDET

Diese Organisationen haben auch ein Spendenkonto eingerichtet! Über dieses Konto und auf den Veranstaltungen sollen Gelder für den Ausbau des Informationswesens des PAC gesammelt werden.

Spendenkonto: R. Lötzer, BfG Köln, Konto-Nr. 2154424600 (BLZ 37010111)

Am 7. Februar

Wahlen auf den Philippinen


Eine in Fels gehauene Büste von Marcos. Allein der Kopf ist 30 Meter hoch. Das Wahnsinnswerk kostete vier Menschen das Leben — zweieinhalb Millionen Mark ließ sich der Diktator sein Konterfei kosten.

Corazon Aquino, die Alternative zu Marcos?

Am 7. Februar stehen auf den Philippinen Präsidentschaftswahlen an. Nicht etwa, daß Diktator Marcos sich freiwillig dem Volkswillen stellt — weit gefehlt. Nach den anhaltenden Unruhen auf den Philippinen, der laut werdenden Opposition und der internationalen Kritik an Marcos' Regime waren extra zwei hohe Beamte der US-Administration im vergangenen Jahr nach Manila gereist, um Marcos „snap elections", vorgezogene Präsidentschaftswahlen dringend zu „empfehlen". CIA-Chef William Casey und Reagans Sonderbeauftragter Paul Laxalt waren im Mai bzw. Oktober auf die Philippinen gereist, um über die Durchsetzung der vorgezogenen Neuwahlen den Druck auf das Marcos-Regime zu mildern.

Mittlerweile ist der Wahlkampf in vollem Gange. Wahlkampf gegen Marcos bedeutet 1986: 35 Tote hat es schon gegeben, täglich werden neue Fälle von Wahlbetrug (mit Wählerlistenfälschungen) oder Bestechung bekannt, die Armee droht der Opposition und die USA senden Beobachter, weil die *„Wahlen von großer Bedeutung für die Zukunft der Demokratie auf den Philippinen, einem wichtigen Freund und Alliierten der USA im Pazifik"*, sind, so Reagan.

Anfang 1986 ist es zwanzig Jahre her, daß Marcos auf den Philippinen an die Macht kam. Die jetzt stattfindenden Wahlen sind Ausdruck der größten Krise seiner Amtszeit. Zur Wahl steht in Opposition zu Marcos als Präsidentschaftskandidatin Corazon Aquino, die Witwe des Oppositionsführers Benigno Aquino, der am 12. August 1983 auf dem Flughafen von Manila umgebracht wurde. Sie hat sich zusammengetan mit dem Führer des bürgerlichen Oppositionsbündnisses „Vereinigte Nationalistische Demokratische Organisation" (UNIDO), dem Industriellen und Großgrundbesitzer Salvador Laurel. Er verzichtete auf eine urspünglich selbst beabsichtigte Kandidatur und ist nun


Große Teile der Bevölkerung leben in Armut

Kandidat für die Vizepräsidentschaft.

Die radikale revolutionäre Linke, das Bündnis „Neue Patriotische Allianz" (BAYAN) die einflußreiche Kommunistische Partei und die Neue Volksarmee (NPA) haben sich nicht zu einer Unterstützung dieser Opposition bei den Präsidentschaftswahlen entschlossen.

Der Aufruf der Linken zum Wahlboykott hängt damit zusammen, daß sie von einer eventuellen Präsidentschaft Frau Aquinos und der hinter ihr stehenden Kräfte keine Politik erwartet, die ernsthafte Schritte zur Lösung der wirtschaftlichen Krise und der Abhängigkeit von den USA auf vielen Gebieten zur Folge hätte, vor allem keine entschiedene Haltung gegen die starke Präsenz von USA-Militär auf den Inseln.

Zur Situation der Philippinen veröffentlichte kürzlich der Südostasien-Kenner und langjährige Beobachter der philippinischen Entwicklung, Rainer Werning, einen Artikel, in dem es zur Wirtschaftlichen Situation heißt:

„Die spektakuläre Ermordung des Oppositionsführers Benigno Aquino auf dem Flughafen von Manila (21. August 1983) war nicht Ursache, wohl aber ein entscheidender Auslöser der gegenwärtigen Krise. Eine massive — auf einige Milliarden US-Dollar geschätzte — Kapitalflucht setzte ein. Manila sah sich im Herbst 1983 zu dem bis heute währenden Schuldenmoratorium gezwungen. Die Philippinische Zentralbank veröffentlichte dann am 14. Novembr 1984 das Wirtschaftsmemorandum der philippinischen Regierung, des IWF und des Internationalen Beratungskomitees. Ihm zufolge wird sich das reale Wirtschaftswachstum im Durchschnitt der Jahre 1984 bis 1990 auf 1,9 Prozent belaufen, wobei allerdings nach den niedrigen Werten der beiden ersten Jahre ab 1987 mit einer jährlichen Zuwachsrate von 4 Prozent gerechnet wird. Da gleichzeitig die Einwohnerzahl im Jahresdurchschnitt 1984 - 1990 um 2,4 Prozent und die Erwerbsfähigenzahl um 3,5 Prozent zunehmen, wird sich die wirtschaftliche Lage für das Gros der Bevölkerung in dieser Zeitspanne noch verschlechtern und das Problem der Arbeitslosigkeit (momentan ca. 40 Prozent) drückender werden. Gegenwärtig leben nach Berechnungen der in Manila beheimateten Aiatischen Entwicklungsbank (ADB) und der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der University of the Philippines ca. 80 Prozent der Bevölkerung an bzw. unterhalb der Schwelle des Existenzminimums. Den durchschnittlichen Kalorienverbrauch geben dieselben Institutionen mit täglich knapp 1700 pro Kopf an — weit unter dem als notwendig eingestuften Verbrauch von 2020 pro Tag/Person und bedeutend niedriger als die von der UN-Welternährungsorganisation (FAO, Rom) angesetzte 2350-Mindestmarke.

Um überhaupt in den Genuß dringend benötigter Überbrükkungskredite zu kommen, mußte sich Manila zur strikten Einhaltung folgender IWF-Auflagen verpflichten:

- *Aufhebung von Preiskontrollen und eine ‚fortgesetzt gemäßigte Lohnpolitik';*
- *drastische Investitionskürzungen und die Erhöhung des internen (direkten wie indirekten) Steueraufkommens um 13 Mrd. Pesos (ca. 650 Mio. US-Dollar);*
- *Beseitigung sämtlicher Außenhandelsbeschränkungen und Drosselung des Devisenhandels der Zentralbank sowie*
- *Floaten des Pesos und Einstellung sämtlicher Nahrungsmittelsubventionen (zunächst ausschließlich noch Reis).*

Anstatt einer vom IWF prognostizierten Exporterhöhung sanken die Ausfuhrerlöse allein im 1. Quartal 1985 gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 1,27 auf 1,15 Mrd. US-Dollar. Gleichzeitig verringerten sich die Importe von 1,45 auf 1,19 Mrd. US-Dollar, was angesichts der extremen Importlastigkeit für den Verarbeitungssektor zu sich häufenden Firmenschließungen führte. Allein 1984 mußten 1500 Betriebe Bankrott anmelden und ie Werkstore schließen. 1985 dürfte deren Zahl bei 2000 anzusiedeln sein. Über 90000 Beschäftigte wurden auf die Straße geworfen, womit die Arbeitslosenquote — zumindest im Großraum Manila — auf die 50-Prozent-Marke zusteuert. Daß Manila sie weitaus niedriger ansetzt, resultiert aus seiner aberwitzigen Definition von Beschäftigung. Danach gilt jeder als beschäftigt, der pro Quartal einen Tag arbeitet!

Veranschlagen Regierungsbehörden das zum Leben notwendige Tageseinkommen einer durchschnittlich sechsköpfigen Familie auf 110 Pesos (5,5 US-Dollar), so beträgt der gesetzlich vorgeschriebene — doch nur in den wenigsten Fällen gezahlte — Mindestlohn 59 Pesos.

Die Situation auf dem Lande ist um keinen Deut erträglicher. Allein 1985 verloren über 200000 Saisonarbeiter auf den Zuckerrohrfeldern der westlichen Visaya-Insel Negros ihres Einkommensquelle; die Zuckerpreise sind auf den bislang tiefsten Stand gerutscht, so daß nicht einmal die Produktionskosten annähernd abzudecken sind."

Das beschreibt aber nur einen Teil der Situation auf den Philippinen. Zum Alltag, zu einer auch noch so knappen Schilderung der Verhältnisse unter Marcos, gehört auch ein Blick auf die täglichen Menschenrechtsverletzungen, auf die zunehmende Zahl von Massenhinrichtungen, auf Entführungen und Massaker an Bauern und Zwangsumsiedlungen in KZ-artige sogenannte „strategische Dörfer". Zu den unzähligen Fällen von Folter und Brandschatzung kommt auch noch die Bombardierung bestimmter Gebiete um der Neuen Volksarmee, NPA, potentielle Basen zu zerstören. Seit 1972, so schätzt das philippinische Rote Kreuz, sind 5,7 Millionen Menschen, über ein Zehntel der Bevölkerung, Opfer von Vertreibungen geworden.

Das Marcos-Regime unterhält einen Unterdrückungsapparat, den Rainer Werning auf über 415000 Mann schätzt. Die Armee wurde von 62000 Mann 1972 auf gegenwärtig 285000 Mann aufgestockt. Viele Geheimpolizeieinheiten, Bürgerwehren, Todesschwadronen weren vom Militär geführt oder gefördert.

Diese Macht wird direkt unterstützt durch US-Berater, die zu Tausenden im Land sind, die auch zwei der wichtigsten US-Basen im Südpazifischen Raum dort unterhalten: die Basen „Clarc Air Base" und „Subic Naval Base". Diese Basen sind natürlich durch die wachsende Opposition gegen das Marcos-Regime gefährdet. Seit 1983 waren schon viele hohe amerikanische Geheimdienstler und Militärs auf den Philippinen, um die „Sicherheit" ihrer Basen zu untersuchen. Denn neben der Wahrung ökonomischer und politischer Interessen gilt die größte Sorge der USA der Aufrechterhaltung dieser mächtigen Militärstützpunkte.

Gefährdet wird die Macht der USA auf den Philippinen aber weniger von einer Anti-Marcos-Fraktion der Bourgeoisie oder dem städtischen Bürgertum, das in Opposition zum Diktator steht, sondern vor allem von den Teilen der Bevölkerung, die immer offener ihre Sympathie für die Kommunistische Partei des Landes und die Neue Volksarmee erklären. Über den Einfluß der 30000 Kämpfer umfassenden Neuen Volksarmee NPA, die im Volksmund als „nice people around" („die netten Leute von nebenan") gelten, schreibt Werning im oben genannten Artikel:

„Als Teil des 1973 entstandenen fortschrittlichen Oppoistionsbündnisses Nationale Demokratische Front (NDF), die über eine Million Mitglieder und eine Massenbasis von reichlich 10 der annähernd 54 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung verfügt, operiert die NPA in mittlerweile 62 der 73 Provinzen — mancherorts bereits in Bataillonsstärke. In mindestens 20 Prozent aller Dörfer (Barangays) ist sie fest verankert, hat dort mit dem Aufbau demokratischer Gegenstrukturen begonnen und überhaupt erst für die Grundlegung eines den Namen verdienenden Rechtswesens gesorgt. Schwerpunkte ihrer Operationsgebiete sind Nordluzon, die östlichen Visayas sowie der Süden und Nordosten Mindanaos. Ihre Propaganda- und Organisationsarbeit gilt — so z.B. die angesehene Hongkonger Wochenschrift „Far Eastern Economic Review" — als „ausgezeichnet". Neurekrutierungen haben Ausmaße angenommen, daß selbst die kürzlich erstellte Studie des Geheimdienstausschusses des US-Senats unter Vorsitz von Senator David Durenburger in Betracht zog, die von ausländischen Hilfen gänzlich abgeschnittene NPA könne innerhalb von drei Jahren das „strategische Patt" herstellen.

Versuche der revolutionären Linken, über ein Oppositionsprogramm zu sprechen, das sowohl radikale Verbesserungen der Lebenslage der Bevölkerung, die Einführung politischer Rechte und die Zerschlagung von Marcos' Machtapparat und die Abschaffung der von ihm geschaffenen Sondergesetzgebung verbindet mit einer klaren Haltung gegen die US-Berater und das US-Militär im Lande sind gescheitert. Eine vage Zusage von Frau Aquino bei einem Wahlerfolg über einen Waffenstillstand mit der NPA zu verhandeln, konnte die Linke nicht bewegen, ihre Kandidatur zu unterstützen.

Der Kampf zwischen Marcos und Frau Aquino kann dazu führen, daß es einen politischen Elitentausch auf den Philippinen geben wird. Die notwendigen Veränderungen, die das Leben der Menschen verbessern, die elementarsten Grundrechte sichern und Unabhängigkeit von den allgegenwärtigen und allmächtigen US-Imperialisten sind von der zur Wahl stehenden Opposition zu Marcos nicht zu erwarten.


30000 Kämpfer umfaßt die Neue Volksarmee (NPA).

Daimler-Benz im Dritten Reich

„100 Jahre Daimler-Benz — Kein Grund zum Feiern!“: so heißt die Broschüre, aus der wir den folgenden Artikel über „Daimler-Benz im 3. Reich“ übernehmen. Aus Anlaß des Jubiläums dieses Konzerns, der in letzter Zeit besonders viel Aufsehen erregte und aus Anlaß des damit verbundenen Jubiläums der gesamten Automobilindustrie veröffentlichten Mitglieder der Anti-Apartheidsbewegung Stuttgart, der Plakatgruppe Daimler Untertürkheim und der Volksfront (LV Baden-Württemberg) diese Broschüre. (Bezugsadresse u.a.: Volksfront c/o GNN Verlag Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1).

Vorbemerkung. Die Bearbeitung der Firmengeschichte 1933 - 45 gestaltet sich schwierig, weil die Geschäftsleitung des Konzerns das Daimler-Benz-Archiv 1933 - 45 für den öffentlichen Gebrauch gesperrt hat und lediglich die „Deutsche Gesellschaft für Unternehmensforschung“ beauftragte, die Bestände durchzusehen und Bericht zu erstatten. In einer Rede auf der 89. Hauptversammlung der Daimler-Benz-AG hat Helmuth Bauer, Maschinenschlosser im Betriebsmittelbau und Mitarbeiter der PLAKAT-Betriebsgruppe, den Antrag gestellt, das Archiv zu öffnen. Dabei zeigte er auf, daß die 60jährige Sperrfrist, die Daimler für die Firmenakten 1933 - 45 verfügt hat, weit über die Bestimmungen des Bundesarchivs Koblenz (30 Jahre) und die z.T. in Baden-Württemberg geltende Sperrfrist von 40 Jahren hinausgeht. Die Interessen an dieser Sperrfristdauer werden an folgenden Beispielen deutlich:

„Im November 1984 hat sich das ‚Ludwig-Uhland-Institut‘ der Universität Tübingen, vertreten durch Herrn Prof. Dr. Utz Jeggle, an das Daimler-Benz-Archiv gewandt mit der Bitte, für eine volkskundliche Untersuchung der Lebensbedingungen von während des zweiten Weltkriegs aus der Fremde nach Deutschland gebrachten Arbeitern Unterlagen einsehen und auswerten zu dürfen.“ (1)

Im Antwortschreiben des Archivs vom 18.8.1984 heißt es: „Ihre Anfrage berührt Unterlagen, deren Handhabung aufgrund der Datenschutzbestimmungen äußerst problematisch ist, da die hier angesprochenen Personen zum Teil noch leben. Wir haben für derartige Archivalien eine Sperrfrist von 60 Jahren festgelegt. Diese Frist ist momentan noch nicht abgelaufen.“ (2)

Helmuth Bauer an die Adresse der Geschäftsleitung: „Wovor haben Sie Angst? Haben Sie mehr zu verbergen als Krupp oder Siemens, Hoechst oder Bayer, in deren Archiven einem Freiburger Historiker ohne Sperren Unterlagen vorgelegt wurden, die er für eine Untersuchung über die ‚Lage der Arbeiter in der Weltwirtschaftskrise‘ benötigte. Im Archiv von Daimler-Benz wurde er mit belanglosen Materialien abgespeist und abserviert mit der Bemerkung: man verspreche sich keine Werbewirkung von seiner Arbeit ...“ (3)

Die Rolle der Deutschen Bank beim Aufbau des Daimler-Benz-Konzerns

Dr. Emil Georg von Stauß, bis 1933 im Vorstand der Deutschen Bank, 1932 - 42 Mitglied des Aufsichtsrats, reorganisierte 1925/26 die Daimler Motorengesellschaft und schloß sie mit der Mannheimer Benz & Cie zusammen. In Verbindung mit der Reichsregierung verwendete Stauß die Finanzmacht der Deutschen Bank zum Wiederaufbau der deutschen Flugzeug- und Flugzeugmotorenindustrie, die nach dem ersten Weltkrieg de facto nicht mehr existierte. Auf seine Anregung hin wurde 1926 die Deutsche Lufthansa zur Entwicklung der deutschen Luftfahrt und als Absatzmarkt für die Produkte der deutschen Flugzeugindustrie gegründet. Als Vorsitzender des Aufsichtsrats von Daimler-Benz 1926 - 42 und BMW wirkte er maßgeblich daran mit, diese Firmen zu Flugzeugmotoren- und Flugzeugbauunternehmen zu entwickeln als einer wesentlichen technischen Voraussetzung der Blitzkriegstrategie. (4)

Seit Mitte der 20er Jahre vergrößerte die Deutsche Bank zunehmend ihren Einfluß auf den Daimler-Benz-Konzern. Auf der Hauptversammlung von Daimler-Benz am 3.7.1934 verfügte sie durch das Depotstimmrecht über 9,76 von 25,956 Mio. RM Stammaktien sowie über sämtliche Vorzugsaktien (259000 RM) und damit über 63 Prozent aller anwesenden Stimmen.

Ohne die Vorauszahlungen der Deutschen Bank hätten die gewaltigen Investitionen in den Jahren 1933 - 43 über 305 Mio. RM für Neubau und Erweiterung von Produktionsstätten nicht vorgenommen werden können. Für die Rüstungsproduktion waren das Werk Untertürkheim vergrößert, ein neues Werk in Berlin-Marienfelde errichtet worden; desweiteren neue Produktionsstätten in Sindelfingen, Mannheim, Gaggenau und im damaligen Königsberg. Während der Kriegsjahre wurden Tochtergesellschaften in Genshagen (Dt. Reich) sowie in den okkupierten Territorien Frankreichs, Polens und Ungarns erworben.

Die Daimler-Benz AG erhielt für ihre „Leistungen“ besondere Auszeichnungen von der Nazi-Regierung. Auf ihrem Briefkopf stellte sie voller Stolz ein goldgeprägtes Hakenkreuz mit der Aufschrift „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ zur Schau. Im Mai 1941 — wenige Tage vor seinem Flug nach England — kam Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß nach Stuttgart, um Generaldirektor Dr. Kissel die Goldene Fahne, die höchste Auszeichnung für einen Musterbetrieb, zu überreichen.“ (5)

Warum war Daimler-Benz ein nationalsozialistischer Musterbetrieb?

Folgende Textkopie entstammt einem Sonderdruck aus „Völkischer Beobachter 45. Ausgabe vom 14. Februar 1935“ mit dem Titel: „Stätten deutscher Arbeit und deutschen Fleißes — An der Wiege des deutschen Kraftwagens“.

„**Betriebsführung und Gefolgschaft** sind **eine** Gemeinschaft bei Daimler-Benz. Zahlreiche Kameradschaftsabende, Konzerte im Fabrikhof und andere Veranstaltungen wurden von den Werksleitungen durchgeführt, die das Bewußtsein der Verbundenheit mit dem Werk im Arbeiter festigten udn vertieften, nicht zu vergessen die zweieinhalbtausend Freifahrten von Werksangehörigen zu großen kraftfahrsportlichen Veranstaltungen, zum Reichsparteitag u.a.m. In der Verbundenheit des schaffenden Volksgenossen mit dem Unternehmen und dem Erzeugnis seiner Hände Arbeit beruht das Geheimnis deutscher Hochwertleistung. Diese Leistung hat sich die Welt erobert; sie hat Rückschläge und Krisen überwunden und immer wieder dem Ruf des deutschen Namens im Ausland zu Siege verholfen. In diesem Kampfe um den Ruhm deutscher Arbeit und deutscher Technik in aller Welt standen die Daimler-Benz-Werke seit der Schöpfung des Kraftfahrzeuges überhaupt in erster Reihe; diese wirtschaftliche und ideelle Bedeutung hob sie seit jeher über den Rahmen irgendeines beliebigen privatwirtschaftlichen Unternehmens heraus und machte sie zu dem, was sie gerade im nationalsozialistischen Deutschland sind; zu einer **Stätte echt deutscher Wertarbeit!**“ Der Begriff „Deutsche Wertarbeit“ ist in der Geschichte des Konzerns ein Kontinuum, der allen Produkten, ob Hinterachse, Bomberverkleidung oder Luxuslimousine, einen nationalen, überlegenen Stempel aufdrückt, der sich seinen Platz in aller Welt gegen die Konkurrenten erobern muß — im Wirtschaftskrieg, im militärischen

"Persönlicher Einsatz des Betriebsführers und seiner Mitarbeiter in führenden Parteiämtern und in der Rüstungswirtschaft

Direktor Heim	Verbindungsmann des Rüstungsobmannes V für den Kreis Böblingen
Direktor Langheck	Bezirksobmann für den Wehrkreis V des Sonderausschusses Fahrzeugaufbauten. Leiter des Arbeitsausschusses Aufbauten im Sonderausschuß Feuerwehrgeräte im Hauptausschuß Maschinen.
Oberingenieur Ahrens	Leiter des Arbeitsausschusses 'Rohstoffe' und 'Fahrerhäuser' im Sonderausschuß Fahrzeugaufbauten. Umstellbeauftragter unseres Werkes beim Wehrkreisbeauftragten V Stuttgart.
Ingenieur Held	Sicherheits- und Energie-Ingenieur unseres Werkes. Sparbeauftragter für Schmierstoffe. Kreisarbeitsschutzwalter für den Kreis Böblingen.
Betriebsobmann Kohler	Ortsgruppenleiter der Stadt Sindelfingen
Oberingenieur Schlosser	Leiter des Arbeitsausschusses 'Zelle' im Sonderausschuß Sonderbau.
Oberingenieur Sellheim	Stellv. Kreisamtsleiter für Technik beim Kreishauptamt für Technik.
Ingenieur Heim	Mitarbeiter im Umstellausschuß des Industrierats des Reichsmarschalls für die Fertigung von Luftwaffengerät.
Ingenieur Maier	Arbeitseinsatz-Ingenieur des Werkes.
Ingenieur Stofer	Mitarbeiter im Arbeitsstab Leistungssteigerung beim Sonderausschuß Fahrzeugaufbauten.
Herr Schmidt	Örtlicher Transportbeauftragter im Bereich des Rüstungskommandos Stuttgart.
Ingenieur Juckenack	Leiter des Kohleeinsparungs-Arbeitskreises.
Ingenieur Woerz	Werkzeugbeauftragter unseres Werkes."

aus: "Daimler-Benz-Aktiengesellschaft Werk Sindelfingen – Unser Werk in den Kriegsjahren 1939-1944", S. 25

Personelle Verflechtungen des Daimler-Benz-Vorstands mit NSDAP und SS

Dr. Wilhelm Kissel (1885-1942): Im Vorstand von Daimler-Benz 1926-42; seit 1933 Vorstandsvorsitzender, NSDAP-Mitglied Nr. 2000653, SS-Mitglied Nr. 108896. SS-Karriere: 15.2.34 Untersturmführer, 15.9.35 Obersturmführer, 12.9.37 Hauptsturmführer, 9.11.38 Sturmbannführer beim Stab Oberabschnitt Südwest. NS-Orden: Im Felde erworbener Landesorden.

Kissel wird oft als schwankend und nur im Interesse des Unternehmens mitlaufender Nationalsozialist bezeichnet. Dem steht die eidesstattliche Erklärung des bei Daimler-Benz damals beschäftigten Günther von Kirn vor der Spruchkammer Esslingen vom 5.5.1947 entgegen: „Der damalige Chef des Hauses, Dr. Kissel, von welchem ich wußte, daß er SS-Obersturmbannführer war, ließ keine Gelegenheit vorübergehen, im Sinne des Nationalsozialismus zu sprechen und für den Beitritt in die Partei und SS zu werben.“

Jakob Werlin (1886-1965): 1932/33 Leiter der Münchner Niederlassung der Daimler-Benz-AG; seit Dezember 1933 bis Mitte 1945 im Vorstand. Werlin war „alter Parteigenosse“, lange vor 1933 der NSDAP beigetreten. NSDAP-Mitglied Nr. 3208977, SS-Mitglied Nr. 266883. SS-Karriere: 1.12.34 Untersturmführer, 1.1.35 Obersturmführer, 9.11.36 Hauptsturmführer, 1.3.38 Sturmbannführer beim Stab des SS-Hauptamtes. Orden: Inhaber des „Ehrendegens des Reichsführers SS“, Ehrenkreuz für Frontkämfer, im Felde erworbener Landesorden. Werlin war Mitglied des SS-Instituts „Lebensborn“, welches der Aufzucht „nordischer SS-Kinder“ diente in seit 1936 errichteten Lebensbornheimen der SS.

Werlin wurde 1933 in den Daimler-Vorstand berufen, weil er seine guten Kontakte zu Parteigrößen und Regierung für die Geschäfte des Konzerns nutzen sollte. Sein Aufgabenbereich im Vorstand waren die Geschäfte mit allen Ministerien, Behörden und Dienststellen der NSDAP. Werlin ließ auch seine „Beziehungen“ spielen, um gegenüber der Konkurrenz Vorteile zu ergattern.

In seinem Bericht an den Vorstand vom 17.7.1933 liest man u.a.: „Julius Streicher, Gauleiter Nürnberg; Rücksprache in der Reichskanzlei. Gab Fünfliter offen zum Preis von RM 16000 definitiv in Auftrag (Bestellschein heute unterschrieben). Am 2. September findet die größte Veranstaltung der NSDAP, der Reichsparteitag, statt. Gauleiter Streicher will uns als alleinige Firma zur beliebigen Straßenreklame zulassen, verlangt jedoch als Entschädigung dafür kostenlose Überlassung eines 1,71 Cabriolets. Herr Direktor Kissel hat zugestimmt.“ (vgl. Fritz Seldenazhl, 100 Jahre Deutsche Bank, Ffm 1970, S. 11).

Werlin hatte hohe Funktionen im Reichswirtschaftsapparat inne: Leiter der Fachgruppe Kraftwagen/Motoren, Leiter des Referats Motoren beim Wirtschaftsbeauftragten des Führers, seit 1942 Generalinspekteur für das Kraftfahrwesen.

Noch im Amt als Vorstand von Daimler-Benz wurde Werlin im Juli 1945 von der amerikanischen Besatzungsmacht verhaftet und in das Internierungslager Mosburg bei Landshut verbracht. (vgl. u.a. Mitgliederlisten NSDAP, SS in der lokalgeschichtlichen Abteilung der Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart)

Krieg. In diesem Begriff verschwindet der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, weshalb er von der nationalsozialistischen Ideologie ohne Probleme instrumentalisiert werden konnte. (6)

Methoden „Deutscher Arbeitsfront" im Werk Sindelfingen 1939 bis 1944

Dieses Werk erhielt jeweils in den Jahren 1938 bis 1942 das „Gaudiplom für hervorragende Leistungen" und in den Jahren 1942 und 1943 die Urkunde „Nationalsozialistischer Musterbetrieb". (7)

Die Betriebszwecke umreißt das Vorwort des Betriebsobmanns Fritz Kohler für den Werksbericht 1939 - 44:

„Angesichts der großen Aufgaben, die unserem Werk in den Jahren des Krieges innerhalb der Rüstungsindustrie gestellt sind, und angesichts der ständigen Forderung nach noch höheren Leistungen bestand die dringende Notwendigkeit, im Streben nach betrieblicher Höchstleistung alle Quellen zu erschließen und mit größter Intensität die in unseren Mitarbeitern steckenden Energien zu mobilisieren. In dieser Zeit der höchsten Entscheidungen ist zum Fundament unseres Denkens und Handelns geworden, mit aller Kraft zum Endsieg unseres Kampfes beizutragen. Wir haben unser Bestes und unsere letzte Kraft anzusetzen, um die uns gestellten, im höchsten Maße kriegswichtigen Aufgaben zu bewältigen." (8)

Hinter den zahlreichen Superlativen („höchste", „größte", „letzte" ...), typisch für die Propagandasprache der Faschisten, verbarg sich die brutalste Vernutzung der Arbeiter als bloße Arbeitsinstrumente:

1. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde generell auf 56 Stunden Minimum heraufgesetzt.

2. Verschiedene Sonderaufträge wie z.B' die Herstellung von Versorgungsabwurfgeräten im Januar/Februar 1943 wurden dadurch in den vom Rüstungslieferungsamt Berlin vorgegebenen Zeiten erledigt, „daß sich die gesamte beteiligte Gefolgschaft täglich 20 - 22 Stunden" einsetzte.

3. Durch den Aufbau eines betrieblichen und örtlichen Überwachungsnetzes wurde das sogenannte „unentschuldigte Fernbleiben von der Arbeit der Gefolgschaftsangehörigen" von 1 Prozent im Jahre 1939 auf 0,1 Prozent im Jahre 1943 mit folgenden Mitteln gesenkt:

„Die Ernennung geeigneter Vertrauensmänner hat sich als sehr erfolgreich erwiesen. Diesen sind ca. 30 bis 40 Gefolgschaftsmitglieder zugeteilt, die von ihnen bezüglich der Krankmeldung von Fall zu Fall überwacht werden. Diese Art der Überwachung wirkt sich insofern vorteilhaft aus, daß wir schon am nächsten Tag ein ungefähres Bild über die Art und voraussichtliche Dauer der Krankheit haben.

Ein engstes Zusammenarbeiten mit den Krankenkassen, insbesondere im Hinblick auf vertrauensärztliche Untersuchungen, zeitigt ebenfalls ein wirksames Bekämpfen des Krankenstandes. Die täglichen namentlichen Gesundmeldungen, die uns durch die Krankenkassen zugehen, ermöglichen es uns, sofort zu überprüfen, ob das Gefolgschaftsmitglied die Arbeit rechtzeitig aufnimmt und nach erfolgter Gesundschreibung noch einige Tage zu fehlen versucht.

Engste Zusammenarbeit mit den Ärzten des Wohngebiets unserer Gefolgschaftsangehörigen hat sich bezüglich der Krankmeldungen als sehr nützlich erwiesen." (9)

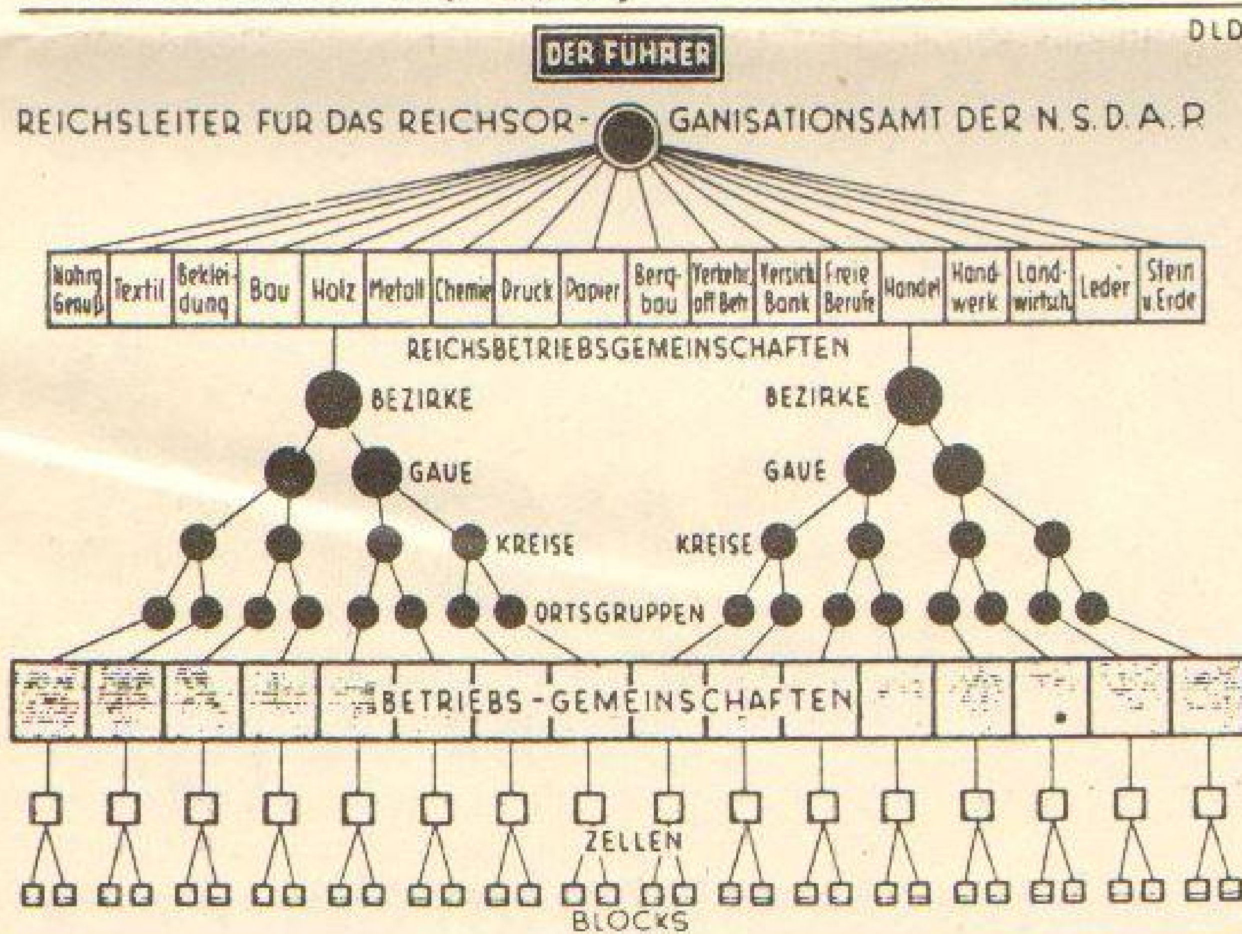
4. Ein großer Teil der „leitenden Männer des Werks" hatte höhere NSDAP-Funktionen und Ämter im Apparat des „Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion" inne. Ebenso war ein „großer Teil" der Werksangehörigen als politische Leiter und Führer von NSDAP-Gliederungen tätig. Beispielsweise war der Betriebsobmann des Werks gleichzeitig Ortsgruppenleiter der Stadt Sindelfingen. „Insgesamt bilden sechs Ortsgruppenleiter, fünf Sturmführer und 320 politische Leiter und Gliederungsangehörige der Partei den politischen Stoßtrupp des Betriebs." (10)

5. Das Werk hat in Sonderaktionen Beiträge geliefert im Versuch, die UdSSR zu vernichten:

„Der harte Winter 1941/42 machte im Rußlandeinsatz die schnelle Afertigung von beweglichen Unterkunftsräumen erforderlich. In diese Aktion wurden wir am 12. Januar 1942 eingeschaltet und haben innerhalb acht Tagen Schlitten konstruiert und in drei verschiedenen Mustern angefertigt und vorgeführt. Am 3. Februar 1942 haben wir bereits mit der Lieferung von kompletten Aufbauten mit den dazugehörigen Schlitten begonnen und den Gesamtumfang über 400 Stück bis März 1942 geliefert. Weitere Aufträge über 3000 Stück wurden am 1. Juni 1942 erteilt. Mit der Lieferung haben wir bereits Ende Juli 1942 eingesetzt und den Gesamtauftrag termingemäß bis Oktober 1942 erledigt." (11)

Ähnlich lief die Sonderaktion zur Herstellung spezieller Reibradanlasser für Flugzeugmotoren, nachdem in der Schlacht um Moskau Dezember 1941 bis April 1942 die herkömmlichen Anlasser versagt hatten.

6. Bis 1944 wurden 36 Prozent „der männlichen Gefolgschaftsmitglieder" für den „Endsieg" gestellt, von denen bis Mitte 1944 „350 Mann den Heldentod" sterben durften und durch ausländische Zwangsarbeiter aus den besetzten Ländern, Kriegsgefangene sowie deutsche Zwangsarbeiterinnen ersetzt worden sind.



"Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934 – Auszug –

"§1 Im Betrieb arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.

§2 Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten.

§3 Dem Führer des Betriebes treten aus der Gefolgschaft Vertrauensmänner beratend zur Seite. Sie bilden mit ihm unter seiner Leitung den Vertrauensrat des Betriebes. An Stelle der Betriebsräte werden Vertrauensräte des Unternehmers geschaffen."

Verfügung des Führers vom 1. September 1936 zur "Auszeichnung nationalsozialistischer Musterbetriebe"
– Auszug –

"Betrieben, in denen der Gedanke der nationalsozialistischen Betriebsgemeinschaft im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit und im Geiste der Deutschen Arbeitsfront vom Führer des Betriebes und seiner Gefolgschaft auf das vollkommenste verwirklicht ist, kann die Auszeichnung Nationalsozialistischer Musterbetrieb verliehen werden."

Beschäftigte während des Krieges

Jahr	Deutsche m	Deutsche w	Ausländer m	Ausländer w	Kriegsgef.
1939	3119	112			
1940	3346	305			
1941	2969	505	15	1	96
1942	2535	503	579	118	198
1943	2319	596	653	164	309
1944 Sept	2324	660	1033	181	1212
Okt	2251	619	1119	175	1060
Nov	2368	1109	1104	176	1060
Dez	2271	633	1070	179	448

(Deeber, Eva: Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft, Berlin (DDR), 1964, S. 74).

KZ-Häftlinge als billige Arbeitskräfte im Daimler-Benz-Werk Mannheim

Jeder ältere Mannheimer, vor allem im Stadtteil Sandhofen, hat gewußt, daß sich von September 1944 bis März 1945 mitten im Wohngebiet in der damaligen Friedrichschule, heute Gustav-Wiederkehr-Schule, eine Außenstelle des Konzentrationslagers Natzweiler (Elsaß) befand und daß die Lagerinsassen bei Daimler-Benz als Arbeitskräfte eingesetzt wurden.

Als die Studentin Angelika Schmitt 1976 ihre Zulassungsarbeit an der PH Ludwigsburg über diese Lager schrieb, befragte sie Lehrer, Hausmeister, Bürgermeister und Pfarrer: Keiner hatte je von diesem KZ gehört. „Nach den ersten Gesprächen wurde ich unsicher, ob ich überhaupt am richtigen Ort sei."

Aus Nachforschungen beim Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes Arolsen, Unterlagen der Zentralstelle für die Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und Zeugenaussagen einzelner Bürger, inzwischen auch von zwei ehemaligen Häftlingen aus Polen, steht fest, daß auf Anforderung von Daimler-Benz die KZ-Außenstelle im September 1944 mit 1060 Insassen errichtet wurde.

Die Geschäftsleitung der Daimler-Benz AG in Stuttgart und Mannheim teilte auf Anfrage von Frau Schmitt am 1.2.1976 mit, daß keine Unterlagen über dieses Lager vorlägen, sie seien, wenn überhaupt jemals vorhanden, „...im Zuge der letzten Kriegshandlungen vernichtet oder sonstwie abhanden gekommen". Außerdem sei „die längste gesetzliche Aufbewahrungsfrist abgelaufen".

Der Betriebsrat in Mannheim teilte Frau Schmitt mit, „daß ihnen keine Werksangeörigen bekannt sind, die damals mit den Häftlingen zusammengearbeitet haben oder über deren Tätigkeiten Näheres aussagen könnten". Das Archiv der Fima in Stuttgart-Untertürkheim konnte ebenfalls keine Unterlagen über die Beschäftigung von KZ-Häftlingen vorlegen.

Nur großen, kriegswichtigen Betrieben wurden KZ-Häftlinge zur Verfügung gestellt. Die Anforderungen mußten bei mindestens 500 liegen. Sie hatten in der Regel zusätzliche Rüstungsaufträge zur Folge. In der Kraftfahrzeugsindustrie waren ca. 80 Prozent der Beschäftigten für kriegswichtige Arbeit eingesetzt. Der deutlichste Beweis dafür, daß das KZ in Sandhofen ausschließlich für die Daimler-Benz AG errichtet wurde und die in der Tabelle angegebenen „Kriegsgefangenen aus dem Lager kamen, ist der Forderungsatz von 856 Hilsarbeitern und 204 Facharbeitern, also insgesamt 1060 Häftlingen 106181,20 RM. Die Bezahlung der Häftlinge wurde tageweise verrechnet. Für Facharbeiter 6 RM, Hilfsarbeiter 4 RM. Der vergütete Verpflegungssatz betrug 0,80 RM.

Den Unterlagen des Internationalen Suchdienstes kann entnommen werden, daß ab dem 27.9.1944 1060 Männer aus dem KZ Dachau in Mannheim-Sandhofen in der Friedrichschule, Kriegerstraße 15 untergebracht waren. Sie waren vorwiegend polnischer Staatsangehörigkeit und jüdischen Glaubens, Überlebende aus dem Warschauer Getto.

Die Häftlinge arbeiteten ausschließlich bei Benz, sechs ganze und einen halben Tag pro Woche. Sie wurden, so Zeugenaussagen, rund um die Uhr in Tag- und Nachtschicht eingesetzt, von sechs bis achtzehn Uhr bzw. von achtzehn bis sechs Uhr. Die fünf Kilometer Fußmarsch wurden stark bewacht in Sträflingskleidung zurückgelegt. Laut Richtlinien des WVHA (Wirtschaftsverwaltungshauptamt) war die Gestapo angehalten, bei Arbeitsverweigerung „schnelle Verfolgung und Bestrafung folgen zu lassen ..."

Mannheimer Bürger waren Zeugen der öffentlichen Erhängung des Häftlings Marian Krainski, der angeblich Kurbelwellen falsch geschliffen hatte. Auf dem Hauptfriedhof ruhen nachweislich 21 weitere Opfer der unmenschlichen Behandlung und Ermordung durch die Wachmannschaften. Wie viele überlebt haben, ist nicht bekannt. Die Häftlinge wurden größtenteils am 23.12.1944 nach Dachau evakuiert.

1979 brachte der Stadtjugendring durch eine provisorische Gedenktafel an der Schule die damaligen Geschehnisse in Erinnerung. Im März 1982 brachte der damalige OB Varnholt eine offizielle Gedenktafel an.

Anmerkungen

(1) zit. a. Rede von Helmuth Bauer auf der 89. Hauptversammlung der Daimler-Benz-AG am 3.7.1985, Manuskript, S. 2
(2) ebenda, S. 3
(3) ebanda, S. 4f
(4) nähere Ausführungen in:O.M.-G.U.S. — Ermittlungen gegen die Deutsche Bank 1946/47; übers. und bearbeitet von der „Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik Hamburg"; ersch. am 4.9.85 als Sonderband der Anderen Bibliothek bei Greno-Verlag Nördlingen; vgl. S. 46f, 111-116, 145ff, 330-35
(5) zit. a. Maria Zelzer, Stuttgart unterm Hakenkreuz — Chronik aus Stuttgart 1933-45 (Stuttgart: Edition Cordeliers 1983), S. 188
(6) Wir verwenden den Werksbericht der Direktion des Sindelfinger Werks unter folgender Einschränkung: Der passive und aktive Widerstand von Teilen der Belegschaft gegen die Form und Inhalte der Arbeit kann im Rahmen dieses Beitrags nicht dokumentiert und bewertet werden, obwohl der Werksbericht selber indirekt auf zumindest passiven Widerstand schließen läßt und dies unter dem Begriff „Leistungshemmnisse" faßt.
(7) die Ausführungen und Zitate unter Punkt 1 bis 6 beziehen sich auf den Bericht der Geschäftsleitung des Daimler-Benz-Werks Sindelfingen vom September 1944 mit dem Titel: „Daimler-Benz-Aktiengesellschaft Werk Sindelfingen — Unser Werk in den Kriegsjahren 1939-1944"
(8) ebenda, S. 3
(9) ebenda, S. 30
(10) ebenda, S. 24
(11) ebenda, S. 8

Quellenhinweis zur Zwangsarbeit in Mannheim: A. Schmitt, Geschichte des Konzentrationslagers Mannheim-Sandhofen, 1976; Broschüre des Stadtjugendrings Mannheim, 1982; DGB Mannheim, VVN, Stadtjugendring, Mannheim in Geschichte und Gegenwart, 1984

Bericht über den 6. Parteitag der KPD

Am 1. und 2. Februar tagte der 6. Parteitag der KPD in Dortmund. 89 stimmberechtigte Delegierte vertraten die 436 Mitglieder der KPD. Zu Beginn des Parteitages wurde als Gast Andreas Bortfeld begrüßt, der nach fast fünfjähriger Haft in Bautzen endlich wieder frei ist. Begrüßt wurden zu Beginn des Parteitags auch die anwesenden Genossinnen und Genossen folgender Organisationen. Gruppe Arbeiterpolitik, BWK, GIM, Gruppe 4. Internationale, KB, KG/NHT, RGO, SAG, Volksfront.

Nach der Wahl des Präsidiums und dem Bericht der Mandatsprüfungskommission (alle Mandate wurden bestätigt) ging es in die Debatte über die Tagesordnung. Es war klar, daß der Parteitag unter großem Zeitdruck stehen würde, wenn er auch nur das Notwendigste diskutieren und entscheiden wollte. Aus diesem Grund nahm der Parteitag mit großer Mehrheit eine Tagesordnung an, die keine gesonderte Debatte über den Tätigkeitsbericht des Zentralkomitees vorsah, sondern eine inhaltliche Gliederung der gesamten Diskussion entlang den in den Thesen des Zentralkomitees behandelten Themen, wobei bestimmte Teile der Thesen gar nicht zur Diskussion vorgesehen waren und nur über bestimmte Teile der Thesen direkt Beschluß gefaßt werden sollte. Die Anträge an den Parteitag wurden jeweils im thematischen Zusammenhang mitdiskutiert und abgestimmt. Gesondert wurden die Punkte Bundestagswahlen und Vereinigung mit der GIM diskutiert.

Allgemeinpolitische Orientierung der Partei

Zum ersten Teil der Thesen (allgemeinpolitische Orientierung) lag ein Antrag (Nr. 2/RM 3) eines Bremer Genossen vor, diesen Teil der Thesen als ungeeignet für die Weiterentwicklung der Partei zurückzuweisen. Dieser Antrag wurde nach längerer Diskussion bei 6 Ja-Stimmen und 12 Enthaltungen abgelehnt. Die eigentliche Abstimmung über diesen Teil der Thesen wurde auf den Abend des ersten Sitzungstages vertagt, weil in der Diskussion sehr viele Genossinnen und Genossen ihre Unzufriedenheit mit diesem Teil bekundet und Ergänzungen gefordert hatten hinsichtlich anderer Politikfelder und anderer sozialer Bewegungen. Es sollte Gelegenheit gegeben werden, Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge zu formulieren. Als am Abend des ersten Tages keine abstimmungsreifen Abänderungs- oder Ergänzungsanträge vorlagen, wurde dieser Teil der Thesen in der vom ZK vorgelegten Form zur Abstimmung gestellt und mit 51 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Politisch-organisatorischer Parteiaufbau

Zum Diskussionspunkt ‚politisch-organisatorischer Parteiaufbau' lagen außer dem entsprechenden Teil der ZK-Thesen diverse Anträge vor. Weil einige Entscheidungen an finanzielle Voraussetzungen geknüpft waren, wurden zunächst der Finanzbericht und der Haushaltsplan 1986 diskutiert. Nach längerer kritischer Diskussion wurde der Haushaltsplan 86 bei zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen angenommen. Der Parteitag beschloß, daß der Verkaufspreis des Roten Morgen künftig so kalkuliert werden soll, daß er auf jeden Fall die Druck- und Versandkosten deckt. Außerdem beschloß der Parteitag mehrheitlich, daß die im Haushaltsplan zur Entscheidung gestellte Frage der Anschaffung einer EDV-Anlage (in erster Linie zur Textverarbeitung) vom Zentralkomitee entschieden werden soll.

Zur Frage der Parteifinanzen lag dem Parteitag ein Antrag (Nr. 29/RM 4) eines Kölner Genossen vor. Dieser Antrag wurde nicht insgesamt, sondern in vier Einzelpunkten abgestimmt. Abgelehnt wurde vom Parteitag mehrheitlich ein Vetorecht der Schiedskommission in Finanzfragen. Abgelehnt wurde ebenfalls die Einrichtung einer Finanzkommission. Die Prüfung des Finanzgebarens des Zentralkomitees obliegt also weiterhin der Zentralen Schiedskommission. Der Parteitag beschloß eine regelmäßige Information der Mitglieder über die finanzielle Lage der Partei und die Bildung von finanziellen Rücklagen.

Zum Punkt „politisch-organisatorischer Parteiaufbau" lag ein Antrag (Nr. 29/RM 4) der Mitgliederversammlung Rheinland vor, zur Anleitung in Schulungsfragen. Mit der Abänderung, daß die Anleitung bei der Organisierung sich auf Landesbezirke und Ortsgruppen erstrecken solle (nicht nur auf Grundeinheiten, wie im Antragstext gefordert) wurde dieser Antrag angenommen.

Der Antrag (Nr. 21/RM 4) eines Bochumer Genossen, der sich u.a. mit dem Verhältnis der Parteileitungen zu den anderen Mitgliedern der Partei beschäftigt, fand mit 31 Ja-Stimmen keine Mehrheit.

Publikationswesen der Partei

Der Parteitag hatte zu entscheiden, wie künftig das Publikationswesen der Partei aussehen soll, nachdem die Fortführung des Roten Morgen als Wochenzeitung aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich ist. Zu diesem Punkt wurde ein Initiativantrag eingebracht, der sich „aus rein pragmatischen Gründen" für eine 14tägliche Erscheinungsweise des Roten Morgen aussprach. Absicht dieses Initiativantrages war es, mit der GIM darüber zu diskutieren, wie die Presse einer vereinigten Organisation gestaltet sein soll. Dieser Initiativantrag wurde mit 49 Stimmen angenommen.

Trotz dieser Entscheidung wurden weitere Anträge zum Pressewesen abgestimmt. Dabei handelt es sich aber naturgemäß nur um eine Meinungsäußerung des Parteitages, welche Publikationsform perspektivisch angestrebt werden soll. Abgelehnt wurden der Gelsenkirchener Antrag (Nr. 22/RM 4), der sich grundsätzlich gegen ein politisches Monatsmagazin aussprach, und der Antrag (Nr. 6/RM 3) eines Bremer Genossen, der die gemeinsame Herausgabe einer Zeitung von GIM und KPD fordert.

Perspektivisch sprach sich der Parteitag für ein politisches Monatsmagazin (Annahme von Antrag 5/RM 3) aus.

Der Antrag (Nr. 8/RM 3) einer Genossin aus Dortmund, der die Herausgabe einer 14täglichen zeitschriftenähnlichen Publikation fordert, wurde nicht mehr behandelt.

Alternativ abgestimmt wurden die Anträge (Nr. 7 und 9/RM 3) (Herausgabe einer Massenzeitung der Partei). Der Parteitag entschied sich gegen die Herausgabe einer monatlichen Massenzeitung.

Sonstige Beschlüsse zum Punkt politischer und organisatorischer Parteiaufbau

Angenommen wurde der Dortmunder Antrag (Nr. 3/RM 3) zur Untersuchung des Konservatismus.

Angenommen wurde der Karlsruher Antrag, das bisherige Parteienblem (Hammer, Sichel und Gewehr auf Spartacusstern) für ungültig zu erklären.

Angenommen wurde der Antrag (Nr. 1/RM 3) aus Baden-Württemberg, der fordert, per Fragebogen die politischen Arbeitsbereiche der Parteimitglieder zu erfassen.

Angenommen wurde Punkt 1 des baden-württembergischen Antrags (Nr. 12/RM 3) zur Einrichtung von Arbeitsgruppen.

Der Antrag (Nr. 13/RM 3) eines Bremer Genossen zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe über die Politik von KPD und Komintern wurde mehrheitlich angenommen mit der Abänderung, daß der Parteitag die Einrichtung einer solchen Arbeitsgruppe befürwortet, aber nicht beschließt.

Der Antrag (Nr. 14/RM 3) von Genossen aus Oberfranken, der die Kontrolle der Landes- und Ortsleitungen über die statutenmäßige Reorganisierung von Grundorganisationen fordert, wurde ebenfalls angenommen.

Der Antrag (Nr. 28/RM 4) der MV Rheinland zur Frage der politischen Freistellungen wurde von den rheinländischen Delegierten dahingehend erläutert, daß es ihnen vor allem um die Klärung der Frage ging, ob eine weitere Herausgabe des theoretischen Organs möglich ist. Als bei der abschließenden Debatte über den Finanzplan deutlich wurde, daß dafür kein Geld da ist, wurde der Antrag als solcher nicht mehr behandelt.

Betriebs- und Gewerkschaftspolitik

Die Diskussion zu diesem Punkt bezog sich auf den Tätigkeitsbericht des ZK, den entsprechenden Teil der

Fortsetzung auf Seite 13



Politpostkarten im 8er Pack

Acht verschiedene Postkarten mit politischen Motiven, teilweise aktueller denn je: Zu bestellen beim Verlag RM, Preis pro Serie: 5,— DM



Thesen und die gestellten Anträge. Es wird zunächst über einen Antrag aus Tübingen abgestimmt, der Nichtbefassung des schleswig-holsteinischen Antrags (Nr. 24/RM 4) fordert, weil es falsch sei, wenn der Parteitag sich mit der Frage der Auflösung einer befreundeten Organisation befasse. Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt, weil der Antrag 24 nicht die Auflösung der RGO fordert, sondern daß die KPD dafür eintritt. Der Antrag 24, der fordert, daß die KPD sich für eine ersatzlose Auflösung der RGO einsetzt, wird aber bei 11 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag (Nr. 17/RM 3) einer Dortmunder Genossin zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit wird nicht insgesamt, sondern ziffernmäßig abgestimmt. Angenommen werden die Ziffern 1 (selbstkritische Bewertung der RGO-Politik) 2 (Überprüfung, welche Zusammenhänge aktiver Gewerkschafter sich außerhalb und auch im Zusammenhang mit den heutigen Strukturen der RGO sich als lebensfähig und sinnvoll erwiesen haben), 3 (Förderung, Unterstützung, Initiierung solcher Organisationsformen und Strukturen), 5 (neue Initiative gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse). Abgelehnt wurde die Ziffer 4 des Antrags Nr. 17, der sich lediglich für die Verbindung der durch die RGO geschaffenen Strukturen durch eine Zeitschrift ausspricht.

Angenommen wurde der rheinländische Antrag (Nr. 25/RM 4), der sich dafür ausspricht, daß die Partei die „koordinierung und bundesweite Zusammenarbeit aller klassenkämpferischen Kräfte" als „dringende und anstehende Aufgabe" betrachtet (Abstimmungsergebnis: 44 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 30 Enthaltungen).

Gegen 3 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen wird der Dortmunder Antrag (Nr. 15/RM 3) auf Bildung örtlicher Komitees in Sachen § 116 AFG angenommen.

Der Parteitag befaßt sich nicht mit der Stellungnahme (Nr. 36/RM 4) eines Bremer Genossen zur Einschätzung des Kampfes gegen die Änderung des § 116 AFG.

Mehrheitlich angenommen wird ein Initiativantrag, der die Einladung von arbeitslosen Genossinnen und Genossen zu den Betriebsarbeiterkonferenzen der Partei fordert.

Angenommen wird der Dortmunder Antrag (Nr. 18/RM 3), der die Unterstützung der Bewegungen für einen Sozialpaß fordert.

Angenommen wurde der Antrag (Nr. 26/RM 4) eines Genossen aus dem Rheinland zum Thema Arbeitslose/Arbeitslosenarbeit. Allerdings mit der Abänderung, daß die Begriffe Arbeitsplatzbesitzende und Arbeitslose durch andere Begriffe ersetzt werden.

Ebenfalls angenommen wurde der Antrag (Nr. 16/RM 3) des Arbeitskreises Arbeitslose in der KPD, der die Erweiterung der ZK-Thesen zur Gewerkschaftspolitik um Ausführungen zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenarbeit fordert. Allerdings mit der Abänderung, daß die Diskussion um die Forderung nach Existenzgeld und Mindestlohn geführt werden muß (anstelle der Festlegung auf diese Forderungen).

Frauen

Wegen des immer größeren Zeitdrucks, unter den der Parteitag geriet, beantragte die Frauenabteilung, den Punkt Frauen von der Tagesordnung abzusetzen und stattdessen eine Frauenkonferenz durchzuführen. Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Antifaschistische Politik

Grundlage der Diskussion ebenfalls Tätigkeitsbericht, Thesen und Anträge.

Der Antrag (Nr. 27/RM 4) der MV Rheinland, der die Behandlung der Volksfront in den ZK-Thesen kritisiert, wird nicht gesondert abgestimmt. Der Tenor der Begründung, soweit er die Verantwortung der Partei für die Entwicklung der Volksfront betont, wurde aber von der Mehrheit des Parteitages unterstützt.

Ein Antrag aus Tübingen, der erst auf dem Parteitag vorgelegt wurde und unter anderem die Stellungnahme der Partei zum letzten Volksfrontkongreß als sachlich falsch kritisierte, wurde ebenfalls nicht abgestimmt, sondern als Material ans ZK verwiesen.

Die ZK-Thesen zur antifaschistischen Politik wurden von der Mehrheit des Parteitages angenommen. Allerdings ohne den ersten Absatz des Punktes 6 und ergänzt um die oben beschriebene Unterstützung des Antrags 27.

Jugend

Aus Zeitgründen gab es zu diesem Tagesordnungspunkt keine Debatte. Genosse J. Tobegen erläuterte in einem längeren Redebeitrag die Diskussion im Jugendverband. Anschließend wird darüber abgestimmt, ob die KJD weiterhin Jugendverband der Partei sein oder einen unabhängigen Status haben soll. Bei drei Enthaltungen spricht sich der Parteitag für letzteres aus.

Friedenspolitik

Die Diskussion dreht sich vor allem um die Frage, ob die ZK-Thesen zur Friedenspolitik in der ursprünglich vom für die Abteilung verantwortlichen Genossen vorgelegten Form verabschiedet werden sollen oder mit dem nachträglich von der ZK-Mehrheit beschlossenen Anmerkung. Dabei dreht sich die Debatte vor allem um die Frage, welchen Stellenwert die Frage des Kampfes gegen SDI haben soll. Der Parteitag sprach sich mehrheitlich gegen die Anmerkung des ZKs aus und damit lediglich für eine „punktuelle Unterstützung der Anti-SDI-Kampagne".

Abänderungsanträge zum Statut

Angenommen wurde der Antrag (Nr. 31/RM 4), der fordert, den Begriff ‚Mitgliederinnen' aus dem Statut zu streichen. Alle anderen Anträge (Nr. 32 und 33/RM 4 und der Antrag der LDK Westfalen-Lippe in RM 5) zur Änderung des Statuts fanden keine Mehrheit. Der Antrag (Nr. 30/RM 4) des Zentralkomitees auf Abschaffung des Nationalen Ausschuses wurde bei 3 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen.

Bundestagswahlen 1987

Heftig und kontrovers diskutiert wurde die Haltung der Partei bei den kommenden Bundestagswahlen.

Es wurde ein Initiativantrag eingebracht, der 1. forderte, die Entscheidung über eine Kandidatur der Partei (im Rahmen eines Bündnisses) zu den Bundestagswahlen auf den Sonderparteitag zu verschieben und 2. das ZK aufforderte, die Verhandlungen mit anderen revolutionär-sozialistischen Organisationen über eine gemeinsame **Teilnahme** an den Wahlen fortzusetzen.

Auf Beschluß der Mehrheit des Parteitages wird aber zunächst der Antrag (Nr. 23/RM 4) der MV Weser-Ems abgestimmt, der eine Kandidatur der Partei, auch im Rahmen eines „revolutionären Bündnisses", für die Bundestagswahl 1987 ablehnt. Dieser Antrag fand mit 43 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen eine Mehrheit.

Mit dieser Ablehnung einer Kandidatur der Partei war auch Punkt 1 des Initiativantrags abgelehnt.

Im Anschluß an diese Abstimmung wurde aber dieser Tagesordnungspunkt per Geschäftsordnungsantrag noch einmal geöffnet, um inhaltlich den Vorschlag einer Entscheidung der Frage der Wahlteilnahme durch eine Urabstimmung, was im Statut ebenfalls als Möglichkeit vorgesehen ist, in die Diskussion zu bringen. Nach einigem Hin und Her beschloß der Parteitag:

1. Die Entscheidung des Parteitages gegen eine Kandidatur wird nicht aufgehoben, sondern bleibt als Empfehlung des Parteitages an die Partei bestehen.
2. Endgültig soll die Partei in einer Urabstimmung über die Wahlteilnahme entscheiden.
3. Bei der Urabstimmung ist eine 2/3-Mehrheit für eine Kandidatur erforderlich.
4. Den Zeitpunkt für die Urabstimmung legt das neue Zentralkomitee fest.

Vereinigungsverhandlungen mit der GIM

Gegen den Antrag des Zentralkomitees zu dieser Frage (Nr. 35/RM 4), der einen Zeitplan bis zum Vereinigungsparteitag im Herbst vorsieht, wurde eingewandt, daß das Tempo dieses Fahrplans die Partei überfordere. Der Antrag des Zentralkomitees wurde aber gegen 6 Nein-Stimmen, bei 5 Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Abgelehnt wurde ein Antrag (RM 5) der MV Hessen, der forderte, daß die GIM darauf verzichten müsse, in der vereinigten Organisation eine Entscheidung über die Zugehörigkeit zur 4. Internationale herbeizuführen.

Angenommen wurde ein Initiativantrag, der fordert, vor dem Sonderparteitag eine Beratung mit der Partei der Arbeit Albaniens anzustreben zur Erläuterung und Diskussion dieser Frage.

Neuwahlen

Das alte Zentralkomitee wurde bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung entlastet. Das neue Zentralkomitee, das anschließend gewählt wurde, hat 18 Vollmitglieder und zwei Mitglieder im Kandidaten-Status. Entsprechend dem Quotierungsbeschluß besteht das neue Zentralkomitee aus 10 Genossinnen und 10 Genossen. Insgesamt haben 27 Genossinnen und Genossen für das Zentralkomitee kandidiert.

Die alte Schiedskommission wurde bei einer Enthaltung entlastet.

Die vom ZK vorgeschlagene Schiedsordnung (Nr. 34/RM 4) wurde mehrheitlich verabschiedet.

Anschließend wurde die neue Schiedskommission gewählt, die aus einer Genossin und zwei Genossen besteht. Insgesamt haben 6 Genossinnen und Genossen für die Schiedskommission kandidiert.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + +

Parteipresse

Liebe Genossinnen und Genossen! Zu dem Problem der Parteiveröffentlichungen hatten wir in der Zelle eine Diskussion mit folgendem Ergebnis.

Die KPD ist klein und nimmt weiter ab. 1. Daher steht die Frage: An wen wenden wir uns mit unserer Politik? vor Überlegungen zur Form der Zeitung. 2. gilt es zu überlegen, wie wir unsere Genossinnen und Genossen und diese Menschen erreichen.

Zu 1. Viele von uns sind Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre oder arbeiten in anderen Bereichen. Das tun wir meist gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Menschen. Gerade an diese sollten wir uns mit der politischen Arbeit wenden, ihnen unsere politischen Ziele und Methoden erklären und sie nicht zuletzt auch vom Sinn einer Organisierung in der KPD überzeugen. Gerade in unserer heutigen Situation (allgemeine politische Lage, die Zahl der organisierten Kommunisten nimmt ab) hat es wenig Nutzen sich politisch **vor allem** an die breite Masse zu wenden. Stattdessen gilt es, die Zahl der Kommunisten nicht weiter sinken zu lassen, sondern zu vergrößern. Davon gehen auch unsere Überlegungen zum Pressewesen aus.

Zu 2. Wir brauchen eine **Zeitung,** die sowohl für uns Kommunisten, als auch für diese politisch interessierten, aktiven, aber meist wenig geschulten Menschen zu benutzen ist. Grundlage müssen bessere Informationen und Einschätzungen über den Betriebs- und Gewerkschaftsbereich sein, wenn wir den Anspruch einer Arbeiterpartei haben. Dazu kommen Infos und Einschätzungen auch über andere wichtige Bereiche, die Schwerpunkte unserer Arbeit sind. Diese Zielgruppe wird in der Regel bereit sein, auch einen realistischen Preis für diese Zeitung zu bezahlen. Die Häufigkeit ist für uns nicht das Entscheidende (ob 2, 3 oder 4wöchentlich), die Zielgruppe schon.

Die Herausgabe von 4wöchentlichen 4seitigen Flugblättern halten wir nicht für sinnvoll. Die mit „kurzen und knappen Artikeln zu wichtigen politischen Fragen und Ereignissen Stellung nehmen und ein Bild über die Standpunkte der KPD und eine Einflußnahme auf wichtige politische Diskussionen anstreben." RM 50, Veröffentlichungen der Partei). Das können nur Rundumschläge werden, die niemandem etwas nützen und auch niemanden aufrütteln. Dadurch wird die Partei höchstens negativ bekannt. Unseren früheren Kampferfahrungen sollten das zur Genüge belegen. Flugblätter, außer der BLIND-Zeitung, sind nach unserer Erfahrung nützlich. Sie sollten weiterhin dann erscheinen, wenn es notwendig ist. Für unerläßlich halten wir die zusätzliche weitere Herausgabe des Theoretischen Organs, das sicher billiger hergestellt werden und näher an den tatsächlichen Kosten verkauft werden kann. Es soll verhindern, daß die Zeitung zu kompliziert wird und den Genossinnen und Genossen Platz für politische und theoretische Auseinandersetzungen geben.

Viele von uns verfügen über eine Menge praktisch politischer und taktischer Erfahrung. Die theoretische Grundlage vieler ist aber oft dünn. Es reicht nicht, wenn z.B. meist ein Genosse das TO schreibt. Wir halten zur Unterstützung unserer politischen Praxis eine systematische Schulung von Genossinnen und Genossen und interessierten Menschen für notwendig.

Wir befürchten, daß das geplante Magazin im Endeffekt für diejenigen, mit denen wir politisch zusammenarbeiten, nicht lesbar sein wird. Eine Trennung in Magazin für die Kommunisten und die Flugblätter im Bildzeitungsstil (siehe Leserbrief von Ka./Kiel) für die Massenwir dnicht zu einer Stärkung der Kommunisten führen.

Mit kommunistischen Grüßen
Sl und P für die Metallzelle/HH

FRIEDEN MIT DER NATO?

AUFRUF

zum Diskussions-Kongreß

Der Koordinationskreis Kongress: • Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BuF) • Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) • Comision Anti-OTAN Madrid • Demokratische Sozialisten (DS) • Friedensliste • Göttinger AK gegen Atomenergie • Grün-Alternative Liste Hamburg • Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) • Initiative „Kein Frieden mit der NATO — Raus aus der NATO“ • Kommunistischer Bund (KB) • Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) • Als Beobachter arbeiten mit: Bundes-AG Frieden der GRÜNEN

12. und 13. April 1986 in Köln

Die Friedensbewegung hat in den vergangenen Jahren Hunderttausende Menschen mobilisiert und überall in der Bundesrepublik Deutschland gegen die immer gefährlicheren Aufrüstungsmaßnahmen demonstriert.

In vielfältigen Formen haben wir unsere Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß die Aufrüstungsschritte der NATO uns dem Frieden nicht näherbringen, sondern die Kriegsgefahr erhöhen:

- die Stationierung von Pershing II und Cruise missiles
- die Einführung atomarer Erstschlagskonzepte
- die immer weiter gehende konventionelle Aufrüstung
- die Militarisierung des Weltraums.

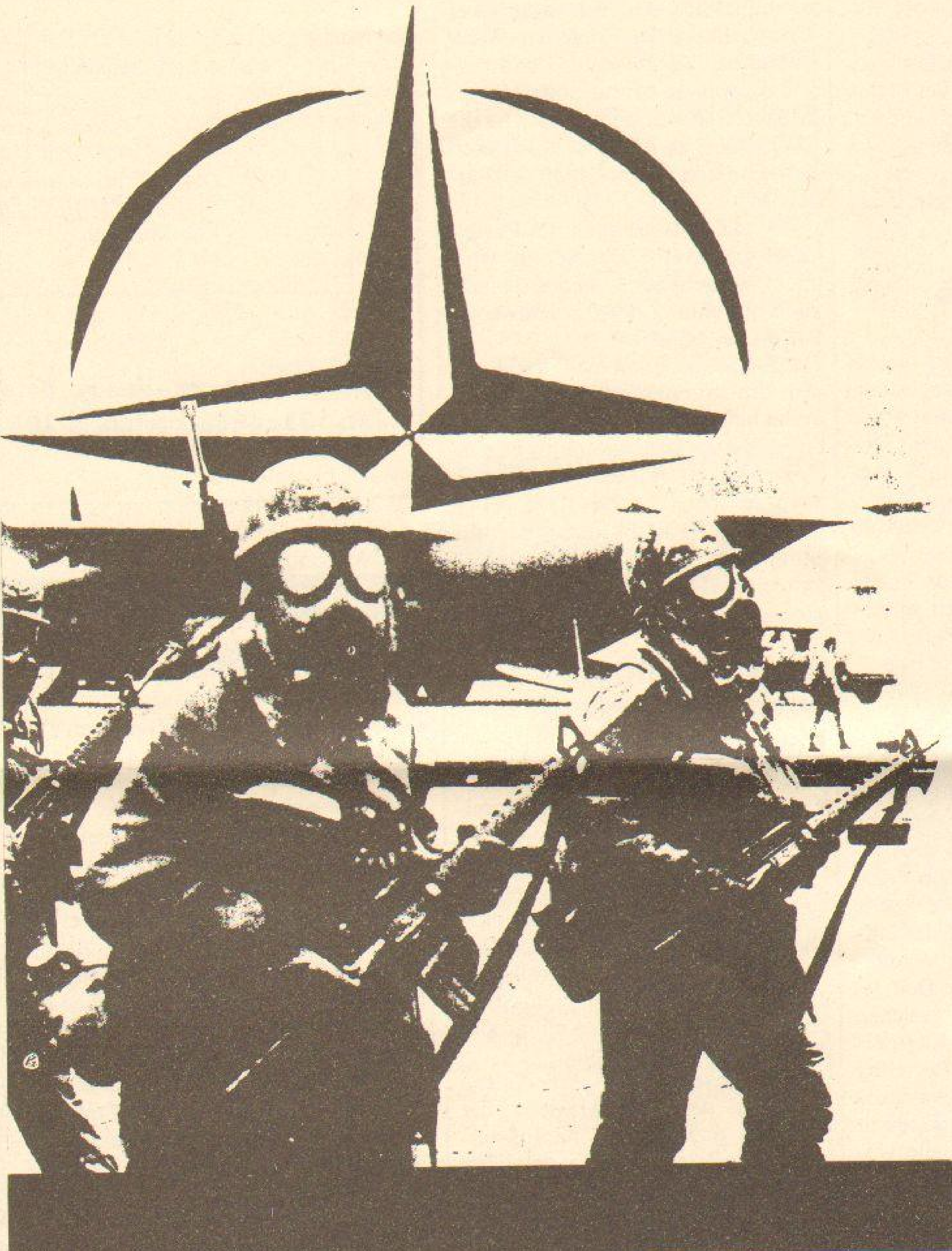
Die gigantischen Rüstungsmaßnahmen führen zu Sozialabbau, verstärken Hunger, Elend und Unterdrückung in der 3. Welt.

Seit 1949 wird die Aufrüstungs-, Militär- und Konfrontationspolitik des Westens vereinheitlicht und umgesetzt durch das Militärbündnis NATO. Doch wurde das Bündnis selbst in den über 30 Jahren der bundesdeutschen NATO-Mitgliedschaft nie in den Mittelpunkt einer kritischen Diskussion gerückt. Gegenstand der innenpolitischen Auseinandersetzung waren lediglich Teilaspekte seiner Politik.

Obowhl die NATO für zahlreiche Aufrüstungsschritte verantwortlich gemacht werden kann, sehen viele in ihr immer noch ein notwendiges Verteidigungsbündnis. Deshalb ist es an der Zeit, das Bündnis NATO und die Rolle der BRD in der NATO zum Thema in der Friedensbewegung zu machen.

Aus diesem Grunde laden wir alle Interessierten zum Diskussionskongreß FRIEDEN MIT DER NATO? ein.

Auf diesem Kongreß wollen wir die NATO zur Diskussion stellen anhand folgender Fragen zur Sicherheitspolitik:



- Abrüstung oder Umrüstung der Bundeswehr?
- Alternative oder keine Verteidigung?
- Einseitige Abrüstung im Westen?
- Entspannung und Friedliche Koexistenz?
- Sicherheitspartnerschaft mit blockübergreifender Perspektive oder Blocküberwindung?
- Schneller oder schrittweiser Austritt aus der NATO?
- Ist Frieden mit oder in der NATO überhaupt möglich?

Diese wichtigen friedenspolitischen Ansätze wollen wir diskutieren

— mit denen, die den Frieden mit einer reformierten NATO für möglich halten,

— denen, die nur im Austritt aus der NATO einen Weg zum Frieden sehen,

— und denen, die den Weg einer gesamteuropäischen Friedensordnung suchen.

Mit dem Kongreß soll in der Friedensbewegung eine größere Debatte um die NATO begonnen werden. Hauptanliegen ist dabei der Beginn einer fundierten Strategiedebatte und nicht die Vereinheitlichung auf bestimmte Anti-NATO-Positionen.

Die verschiedenen Teile der Friedensbewegung sind aufgerufen, sich mit ihren Positionen an der klärenden und aufklärenden Diskussion um den Stellenwert der NATO zu beteilgen.

Deshalb rufen wir auf zum Diskussionskongreß: „FRIEDEN MIT DER NATO?“ am 12. und 13. April 1986 in Köln!

Vorläufiges Programm

Samstag, 12.4., vormittags

Eröffnung, Begrüßung, Organisatoria
Inhaltliche Einleitung:

Über die Notwendigkeit des Kongresses

- Entwicklung der Friedensbewegung, und warum die Diskussion über das Kongreßthema so wichtig ist
- Geschichtlicher Aufriß: Zur Historie der NATO
- Aufriß unterschiedlicher Positionen zur NATO in der Friedensbewegung
- Europäische Volksbewegungen gegen die NATO

ab Mittag

Arbeitsgruppen mit je mindestens zwei kontroversen Einleitungsreferaten:

AG 1: Geschichte und Funktion der NATO als Instrument westlicher Globalpolitik
AG 2: BRD in der NATO: Biedermann oder Brandstifter?
AG 3: „Europäisierung“: Abkoppelung von den USA oder Stärkung der NATO?
AG 4: BRD/Westeuropa: Das kleinere Übel für die 3. Welt?
AG 5: Die NATO als innere Ordnungsmacht
AG 6: Die NATO — Reaktion auf eine Bedrohung?
AG 7: Widersprüche innerhalb der NATO: Ansatz für die Friedensbewegung?
AG 8: Alternative oder keine Verteidigungspolitik?
AG 9: Abrüstung und Blocküberwindung durch friedliche Koexistenz und Entspannung?
AG 10: Muß die BRD raus aus der NATO?
AG 11: Militärisch-industrieller Komplex
AG 12: Widerstandsperspektiven

Sonntag, 13.4., vormittags

Podiumsdiskussion:

- Streitgespräch über Handlungskonzepte bundesdeutscher Friedenspolitik

Berichte von den Arbeitsgruppen
Plenumsdiskussion

Dieses Programm ist ein vorläufiges! Unterstützer und Besteller erhalten die jeweils neuesten Informationen über den Stand der Dinge wie: Änderungen oder Erweiterungen, Referenten, Stand der Planung, Protokolle der Vorbereitungssitzungen, Kulturprogramm am Vorabend des Kongresses etc.

- Ich/Wir unterstütze/n den Kongreß „Frieden mit der NATO?“ als Aufrufer und zahlen DM .... (mind. DM 30,—) für die Organisierung.
- Ich bin/Wir sind am Kongreß interessiert und möchten die Materialien und Unterlagen zum Kongreß bestellen (DM 30,—).
- Das Geld ist auf das Konto des Kongresses überwiesen
- liegt als Scheck/Bargeld diesem Brief bei.

Name..
Anschrift..
Organisation..
Telefon..
Unterschrift..

Kongreß-Konto: A. Klörs, Sonderkonto Kongreß Nr. 355603-500 beim Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50)
Postanschrift Kongreß-Büro: Kongreß „Frieden mit der NATO?“, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 5000 Köln 1

Parteibüros der KPD

und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 2624388, geöffnet Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 **Heiligenwald**, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 **Berlin** 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474